E&W

Erziehung & Wissenschaft 05/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

INKLUSION

KLAUS KLEMM

Foto: privat

Mammutaufgabe Inklusion

Mit dem Beitritt zur Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) 2009 hat sich Deutschland verpflichtet, alle Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam zu unterrichten. Damals war den wenigsten klar, dass sich das Land damit auf ein Großprojekt eingelassen hat. Dieses Projekt verändert nicht nur die Struktur des Schulsystems. Es zwingt Schulen auch dazu, den Unterricht umzukrempeln.

Nun wird die Umsetzung gerne als Erfolgsgeschichte erzählt: Vor der Unterschrift unter die UN-Konvention lernten 89 000 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam mit Gleichaltrigen ohne diesen Förderbedarf, bis 2015 hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Ein genaueres Hinsehen trübt dieses Bild jedoch: 2008 war bei sechs Prozent aller Schülerinnen und Schüler in deutschen Schulen ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert worden – 4,9 Prozent von ihnen besuchten Förderschulen, 1,1 Prozent allgemeinbildende Schulen. Bis 2015 reduzierte sich der Anteil in Förderschulen auf 4,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte er sich in den Regelschulen auf 2,7 Prozent. So steht einem minimalen Schülerrückgang um 0,5 Prozentpunkte in Förderschulen ein deutlich größerer Anstieg um 1,6 Prozentpunkte der Kinder mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen gegenüber. Diese Zahlen verdeutlichen: Förderschulen konnten sich nach wie vor behaupten. Festzuhalten bleibt: Auch nach sieben Jahren ist Deutschland weit davon entfernt, das Inklusionsziel der UN-Konvention zu erfüllen. Ein Blick in die Bundesländer zeigt allerdings, dass Bremen und Schleswig-Holstein auf dem Weg dorthin schon weit gekommen sind, während Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz noch eine lange Strecke vor sich haben.

Dafür, dass der Anteil „exklusiv“ unterrichteter Schülerinnen und Schüler bundesweit im Schnitt kaum zurückgegangen ist, zugleich aber der Anteil inklusiv Lernender stark zugenommen hat, gibt es eine einfache Erklärung: Bei Kindern, die bereits in allgemeinen Schulen lernen, wird verstärkt ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert. Diese Entwicklung trug zwar kaum zum Abbau der Förderschulen bei, hat aber gleichwohl eine positive Seite: Die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern, die ehemals sonderpädagogische Einrichtungen besuchten, führte in den Regelschulen dazu, generell Mädchen und Jungen aus dem unteren Leistungsbereich stärker zu beachten. Eine aktuelle Bildungsstudie belegt dies: Eltern mit Kindern in Inklusionsklassen bringen den Lehrkräften hohe Wertschätzung entgegen. Sie beschreiben den Unterricht durchgängig positiver als es Mütter und Väter tun, deren Kinder keine inklusiven Schulen besuchen. Aus Elternsicht erkennen und fördern Pädagoginnen und Pädagogen, die inklusiv unterrichten, demnach die Stärken der Kinder mehr als die nicht inklusiver Schulen: Sie setzen häufiger neue Unterrichtsmethoden ein, tun mehr dafür, dass auch Lernschwächere mitkommen und sprechen sich untereinander stärker ab. Bei der Unterrichtsentwicklung wirkt also Inklusion!

Derartige Erfolgsmeldungen geben all denen Recht, die von der Politik fordern, die pädagogischen Vorleistungen der Lehrerinnen und Lehrer angemessen zu honorieren. Zu Recht kritisieren die Schulen, dass sie sich zwar der Mammutaufgabe Inklusion stellen, Länder und Schulträger aber nicht bereit seien, im erforderlichen Umfang in die dazu notwendigen Personal- und Sachressourcen zu investieren. In der Regel reicht die Personalzuweisung nicht einmal aus, kleinere Klassen zu bilden oder wenigstens in einem Drittel des Unterrichts zwei Lehrkräfte einzusetzen. Das muss sich ändern.

Klaus Klemm,
Bildungsforscher, Professor i. R. an der Uni Duisburg-Essen

Inhalt

Gastkommentar
Mammutaufgabe Inklusion Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Inklusion
1. Erfahrungen in verschiedenen Schulformen: „Die größte Herausforderung“ Seite 6
2. Schlechte Rahmenbedingungen in der Praxis: Die große Ernüchterung Seite 12
3. Wie gelingt Inklusion: Kooperation auf allen Ebenen Seite 14
4. Klagen aus den Bundesländern ähneln sich: Regiebuch vorhanden, eigentlich … Seite 16

Hochschule und Forschung
1. Interview mit Anja Hirsch: „Feedback mindestens jedes halbe Jahr“ Seite 18
2. Präsentation des GEW-Kodex-Checks: An welcher Uni willst du arbeiten? Seite 20

Jugendhilfe
GEW-Kinder- und Jugendhilfekongress in Berlin: Langer Weg Seite 22

Gesellschaftspolitik
1. Schwule rehabilitiert – Interview mit Sigmar Fischer: „… eine Genugtuung“ Seite 24
2. Argumentieren gegen rechte Parolen: Der Stammtisch ist überall Seite 35

GEW-Intern
1. Biografie über Max Traeger: Gegner des Nationalsozialismus Seite 25
2. Nachruf auf Ortrud Farken: Aktiv für Alte Seite 36

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. Mythen der Steuerpolitik: Neoliberale Plattitüde Seite 27
2. Kernthesen zur Bildungsfinanzierung: Ausgleich zwischen Arm und Reich Seite 28
3. Tour „GEW in Bildung unterwegs“: „Ungleiches ungleich behandeln“ Seite 30

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen: Zugang zu Bildung verweigert Seite 32

Schule
1. Filmbesprechung „Berlin Rebel High School“: Kein Hollywood-Movie Seite 38
2. Wirtschaft als Verbundfach: „Wenn ich groß bin, werde ich Humankapital!“ Seite 44

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
„Faire“ Auftragsvergabe durch Kommunen: Schüler-Aktionen gegen Kinderarbeit Seite 40

Weiterbildung
Integrationskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung: Nachholbedarf Seite 42

Leserforum Seite 45

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

PISA: Mobbing belastet

In Deutschland wird fast jeder sechste 15-Jährige (15,7 Prozent) regelmäßig Opfer teils massiver körperlicher oder seelischer Misshandlung durch Mitschüler. Insgesamt sind Jungen häufiger Mobbing-Opfer als Mädchen. Das ist ein wesentlicher Befund der PISA-Sonderauswertung, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am 19. April in Berlin präsentiert hat. Gut eine halbe Million Schülerinnen und Schüler hat daran teilgenommen, unter ihnen 10 000 aus Deutschland. „Wir brauchen mehr qualifizierte Beratungsangebote und Fortbildungen“, kommentierte GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann das Mobbing-Problem an den Schulen.

Gleichwohl fühlen sich nach Feststellungen der PISA-Forscher junge Menschen quer durch die Republik an ihren Schulen überwiegend wohl und empfinden weniger Stress durch Hausaufgaben oder Tests als Jugendliche im OECD-Schnitt. Allerdings schleppen Mädchen deutlich häufiger Schulsorgen mit sich herum als Jungen. In Schulsystemen, die auf Wettbewerb setzen, sei die Angst vor Schulversagen am größten, die Lernfreude am geringsten. Für GEW-Schulexpertin Hoffmann ein „gutes Argument gegen das gegliederte Schulsystem“.

Arm und Reich

Der 5. Armutsbericht „Lebenslagen in Deutschland“, den die Große Koalition im April beschlossen hat, stößt bei Wissenschaft und Opposition auf scharfe Kritik. Aus Sicht des Armutsforschers Christoph Butterwegge ist er „verharmlosend“. Wenn es in dem Report heiße, dass nur wenige Kinder hierzulande unter erheblichen materiellen Entbehrungen litten, gehe das an der Realität schlicht vorbei, zitiert die Deutsche Presse-Agentur (dpa) den Politologen. Union und SPD hätten zwar den Hartz-IV-Regelsatz zum Jahresanfang leicht erhöht, doch Kinder, die jünger als sechs Jahre sind, gingen leer aus, kritisiert Butterwegge. In Deutschland ist jedes siebte Kind abhängig von Hartz IV. Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit waren im vergangenen Jahr 1,54 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von unter 15 Jahren betroffen. Trotz guter Wirtschaftslage klaffe die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander, warnt auch der sozialpolitische Sprecher der Grünen, Wolfgang Strengmann-Kuhn (s. „Diesmal“ S. 48).

Handlungsbedarf also. Das gibt auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zu. Nach ihren Worten zeigt der Bericht, „dass es eine verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen gibt“ (s. S. 28 f.). Die reichsten zehn Prozent der Haushalte „besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Vermögens“.

„Rentensinkflug stoppen!“

Mit dem Online-Appell „Mit dieser Stimme den Rentensinkflug stoppen“ fordern der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften von der Bundesregierung einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die Arbeitnehmerorganisationen wollen der Altersarmut entgegenwirken und die Rente für künftige Generationen sichern (s. E&W-Rentenschwerpunkt 11/2016). Seit Ende März sammelt der DGB im Netz Unterschriften. Die Aktion läuft bis zur Bundestagswahl im September. Unterschrift sowie mehr Infos unter: http://rente-muss-reichen.de/meinestimme/

March for Science

Foto: dpa

Protest für die Freiheit der Wissenschaft – hier in Berlin

Weltweit demonstrierten am 22. April Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Freiheit von Forschung und Lehre. „Die GEW unterstützt das Kernanliegen des weltweiten Marsches. Akademische Freiheit setzt aber auch angemessene Rahmenbedingungen voraus“, mahnte GEW-Vize Andreas Keller. Es gebe keine „freie Wissenschaft ohne freie Wissenschaftler“. An die Bundesregierung appellierte Keller, den Druck auf Staaten zu erhöhen, die derzeit akademische Freiheit massiv unterdrückten. Als Beispiele nannte er die willkürliche Entlassung hunderter Hochschullehrkräfte in der Türkei und das Aus für die Europa-Universität in Budapest.

„Positive Bilanz“

Den Bildungsbereich finanziell besser auszustatten, zählt nach den Worten von GEW-Chefin Marlis Tepe zu den wichtigsten Anliegen der kommenden Jahre. In einem Ende März erschienenen Interview mit dem DGB-Magazin „einblick“ machte Tepe deutlich, dass den finanziellen Ressourcen, die der Staat zur Verfügung stellt, ebenso wie den Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich auch künftig ein Hauptaugenmerk der Gewerkschaft gelten werde. Als weitere Schwerpunkte nannte sie die Themen „Bildung in der digitalen Welt“, „Wege einer neuen Zeitpolitik“ sowie den Kampf gegen prekäre Beschäftigung im Bildungsbereich. Tepe, die auf dem Gewerkschaftstag Anfang Mai in Freiburg erneut kandidiert, zog eine positive Bilanz ihrer bisherigen Amtszeit: „Wir verzeichnen einen Mitgliederzuwachs von vier Prozent. In der Bildungspolitik haben wir Impulse gesetzt – besonders in der Frage der Integration von Flüchtlingen.“

Beitrag wird angepasst

Mit dem Tarifabschluss für die 2,14 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen im April vergangenen Jahres erzielten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einen Anstieg der Löhne und Gehälter von insgesamt 4,75 Prozent. Er erfolgte in zwei Etappen: Im ersten Schritt – ab dem 1. März 2016 – gab es 2,4 Prozent mehr und im zweiten – ab dem 1. Februar 2017 – weitere 2,35 Prozent. Für GEW-Mitglieder, die im Geltungsbereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) beim Bund, bei den Kommunen sowie im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) angestellt sind, wird der Gewerkschaftsbeitrag rückwirkend zum 1. Februar um 2,35 Prozent angepasst.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Smoothie Maker.*

Prämie des Monats Mai:

Smoothie Maker

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Mai 2017/Smoothie Maker

„Die größte Her

// **Inklusion: Das große Ziel, die große Hoffnung, am Ende die große Desillusionierung? Oder doch nicht? Fünf Lehrkräfte unterschiedlicher Schulformen berichten aus ihrem inklusiven Alltag.** //

„Arbeit zu zweit entlastet“

Anke Lüttich ist Grund- und Hauptschullehrerin. Sie unterrichtet im Grundschulbereich der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Karlsruhe:
„Vor fünf Jahren haben wir entschieden, eine inklusive Schule zu werden. Damit wir das umsetzen können, hat sich unsere Einrichtung zunächst auf Kinder mit dem Förderschwerpunkt Sprache konzentriert. Diese haben Anrecht auf je zwei Stunden Förderung. Bei fünf Kindern in der Klasse ist also ein Sonderpädagoge oder eine Sonderpädagogin zehn Stunden mit im Unterricht. Ich habe mich auf das Experiment eingelassen, weil ich dachte: Ich unterrichte ohnehin Kinder, die spezielle Förderung brauchen. Unterstützung kann nur gut tun.
Seither arbeite ich mit einer Kollegin zusammen, die mit ihrer sonderpädagogischen Ausbildung gezielt auf Kinder eingehen kann. Die Arbeit zu zweit entlastet enorm. Und: Wir tauschen uns über viele Dinge aus, die ich früher abends mit nach Hause genommen habe. Klar ist: Inklusion funktioniert bei uns deshalb so gut, weil die Beziehungsebene stimmt. Und wir schon so lange zusammenarbeiten.
Mit den zehn Stunden – die übrige Zeit unterrichte ich ja weiterhin allein – komme ich persönlich recht gut zurecht. Für meine Kollegin ist das Modell hingegen nicht ideal. Sie muss ihre Arbeitszeit zwischen uns und ihrer ‚Stammschule‘ – einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum ‚Hören und Sprache‘ – aufteilen, ist also in zwei Kollegien und mehreren Klassen im Einsatz. Stunden ohne Doppelbesetzung belasten Lehrkräfte wie Kinder erheblich. Letztere haben ja immer Unterstützungsbedarf, für sie sind zehn Stunden Begleitung bei 26 Stunden Unterricht viel zu wenig. Und: Wir fürchten um die Ressourcen; Zeit droht immer wegzufallen. Dabei erlebe ich Kontinuität gerade als zentrales Moment des inklusiven Ansatzes.
Außerdem: Die Zusammensetzung unserer Schülerschaft ist knackig, viel mehr Kinder als jene mit sonderpädagogischem Förderbedarf brauchen besondere Unterstützung. Und so wird es immer schwieriger, allen gerecht zu werden – was wir dennoch versuchen, und zwar ganztags. Wir unterrichten die ersten und zweiten Klassen gemeinsam. Diese Jahrgangsmischung fordert ein hohes Maß an Individualisierung. Ideal für Inklusion – aber auch ein weiteres Differenzierungspaket, das wir Lehrkräfte schultern müssen.“

Foto: Christoph Bächtle

Anke Lüttich, Grund- und Hauptschullehrerin in Karlsruhe: „Unterstützung kann nur gut tun.“

ausforderung“

Foto: Kay Herschelmann

Lydia Puschnerus, Gymnasiallehrerin in Berlin: „Mein Ziel und das der Schule: Alle sollen mitmachen und mitkommen können.“

„Alle sollen mitkommen“

Lydia Puschnerus ist am Robert-Blum-Gymnasium in Berlin tätig:

„Meine erste Stelle nach dem Referendariat hat mich sofort in ganz unterschiedliche Gruppen geführt: In Regelklassen unterrichte ich Englisch und Spanisch; und ich leite eine Willkommensklasse. Mit dem, was man gemeinhin unter Inklusion versteht, haben wir wie die meisten Gymnasien nicht viel zu tun. Allerdings gibt es eine Inklusionsbeauftragte; sie kümmert sich etwa darum, für Kinder mit speziellen Förderbedarfen, wie Hörproblemen, Anträge zu schreiben. Und sie ist Ansprechpartnerin für Schülerinnen, Schüler, Lehrkräfte und Eltern.

In einem weiteren Sinne finde ich: Unsere Schule arbeitet durchaus inklusiv. Sie liegt in einem bunten Kiez; die Jugendlichen haben ganz verschiedene kulturelle, sprachliche und soziale Hintergründe. Als Gymnasium sind wir damit in Berlin keine Ausnahme.

Mein Ziel und das der Schule: Alle sollen mitmachen und mitkommen können. Dafür tun wir einiges – das ist angesichts der unterschiedlichen Hintergründe und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler auch nötig. Nicht zuletzt in den Willkommensklassen zeigt sich aber auch, dass soziale Inklusion nicht so einfach ist. Wir haben ein Mentorenprogramm zwischen Willkommens- und Regelschülern; auch gehen die neuen Mädchen und Jungen stundenweise in Regelklassen. Das alles stellen wir selbst auf die Beine; ‚von oben‘, von der Senatsverwaltung, wird das nicht organisiert und auch nicht unterstützt. So erfordert es einerseits viel Extra-Einsatz von uns Lehrkräften; andererseits heißt das noch lange nicht, dass die Zugewanderten mit ihren Klassenkameraden wirklich in Kontakt kommen. Das bleibt eine Riesenherausforderung. Als Lehrkraft fühle ich mich nicht schlecht darauf vorbereitet. Deutsch als Zweitsprache habe ich im Studium gelernt. Noch wichtiger ist vielleicht, dass ich Fremdsprachen studiert und mich intensiv mit Spracherwerb wie mit ethnischer und sprachlicher Diversität beschäftigt habe. Das verschafft einen großen Vorteil. Es erhöht die Sensibilität, nicht nur für sprachliche, sondern auch für kulturelle Unterschiede. Dass ich immer wieder überrascht bin – etwa wenn manche Mädchen nicht mit auf Klassenfahrt dürfen – ist allerdings auch richtig. Da ist Elternarbeit gefragt. Hat das mit Inklusion zu tun? Auch da würde ich sagen: in einem weiteren Sinne ja.“

Foto: Jürgen Bindrim

Karin Grube, Sonderpädagogin an einer Gesamtschule in Bonn-Beuel: „Unsere Personalausstattung hat sich deutlich verschlechtert."

„Massiv verschlechtert"

Karin Grube arbeitet als Sonderpädagogin an der IGS Bonn-Beuel:

„Seit den 1990er-Jahren galt unsere Schule mit 1 300 Schülerinnen und Schülern in Sachen Inklusion als Vorbild. In jeder zweiten Klasse werden Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterrichtet; und zwar grundsätzlich, so unser Konzept, von zwei Lehrkräften und einem Sonderpädagogen. Zentral war für uns auch, auf die Zusammensetzung zu achten: In jeder Klasse sind 20 Regelschüler und sechs Kinder mit Förderbedarf – wobei uns sehr wichtig ist, dass sich die Bedarfe unterscheiden: von Hören und Sehen über emotionale und soziale Entwicklung, Lernen und Sprache bis zur körperlichen und geistigen Entwicklung. So ist in den Klassen über 20 Jahre ein Mix entstanden, der für alle Mädchen und Jungen ein Gewinn war. Daher bin ich sehr überzeugt: Gut gemachte Inklusion nützt auch den Regelschülerinnen und -schülern.

Leider kann ich von unserer vorbildlichen Arbeit fast nur noch in der Vergangenheitsform sprechen. Seit Nordrhein-Westfalen (NRW) im Oktober 2013 Inklusion gesetzlich verankert hat, hat sich unsere Ausstattung massiv verschlechtert. Das ‚Schulrechtsänderungsgesetz', das vorgibt, den inklusiven Auftrag der UN-Behindertenkonvention umzusetzen, bewirkt das Gegenteil: Wo Inklusion bisher praktiziert wurde, kann diese nun nicht mehr erfolgreich realisiert werden.

Konkret bedeutet das Gesetz zweierlei: Wir können uns zum einen die Zusammensetzung unserer Schülerinnen und Schüler nicht mehr aussuchen, sondern man weist sie uns aus der näheren Umgebung zu. Das hat zur Folge, dass wir jetzt viel mehr Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen als mit geistiger Entwicklung in den Klassen haben. Letztere wollen wir aber auch aufnehmen.

Zum anderen hat sich unsere Personalausstattung deutlich verschlechtert. Im kommenden Schuljahr werden wir Sonderpädagoginnen und -pädagogen erstmals nicht mehr dem Klassenleiter-Team angehören. Stattdessen müssen wir in drei Klassen arbeiten. Wir sind also immer nur ein Drittel der Unterrichtszeit anwesend. Das wird so nicht funktionieren. Insbesondere für Kinder mit Förderbedarf sind dauerhafte Beziehungen unerlässlich; zudem werden die Regelschullehrkräfte nun mit der Aufgabe zeitweise alleingelassen.

Insofern muss ich als leidenschaftliche Verfechterin der Inklusion leider sagen: Der Wunsch, diese unter den aktuellen Bedingungen in die Fläche zu tragen, hat in NRW ihren Geist ebenso zerstört wie ihre Akzeptanz."

Inklusion auf dem Gewerkschaftstag

Inklusion ist auch auf dem Gewerkschaftstag ein Thema. Die GEW war vor Ort und hat nachgefragt: Wie steht es um die Inklusion? Antworten von Kindern sowie Pädagoginnen und Pädagogen aus der Praxis gibt es im Video: **gew.de/video-inklusion**

„Eine echte Chance“

Michael Rau unterrichtet Informatik an der Annedore-Leber-Oberschule, einer beruflichen Förderschule in Berlin:

„An meiner Berufsschule lernen ausschließlich Jugendliche mit sonderpädagogischen Bedarfen. Anders als die Oberstufenzentren bilden wir in mehreren Berufsfeldern aus; in Textil- genauso wie in Metall- oder kaufmännischen Berufen. Unsere 1 000 Schülerinnen und Schüler haben körperliche oder geistige Beeinträchtigungen, etwa Hör- oder Sehschwächen, oder auch psychische Erkrankungen oder Lernprobleme. Sie sind so verschieden, dass ich sagen würde: Wir arbeiten sehr inklusiv; dann nämlich, wenn man unter Inklusion nicht einfach die Integration junger Menschen mit Behinderungen in die Welt der Nichtbehinderten versteht. Leisten können wir das, weil unsere Ausstattung kleine Klassen ermöglicht; und wir, wenn nötig, zu zweit unterrichten können.

Wir, das sind an meiner Schule 65 Lehrkräfte, von denen sieben oder acht eine sonderpädagogische Ausbildung haben. Alle anderen, mich eingeschlossen, haben sich spezielle Kenntnisse angeeignet. Meine Position: Inklusion hängt auch sehr von dem Herangehen ab. Betrachte ich jeden Schüler als Individuum, mit seinen Stärken und Schwächen? Und habe ich die materiellen Voraussetzungen, das zu tun?

Dem Gedanken, unsere Schule in den allgemeinen Betrieb der Oberstufenzentren (OSZ) zu integrieren, stehe ich äußerst skeptisch gegenüber. Immer wieder kommen unsere Schülerinnen und Schüler an einem normalen OSZ nicht zurecht; dort fehlt es an Ansprechpartnern, Zeit, Kompetenzen. Übertrüge man unsere Ausstattung auf alle Berliner Berufsschulen, bräuchte es mehrere Hundert Sonderpädagogen, ganz zu schweigen von dem, was man sonst noch benötigt. So haben wir zum Beispiel allein für unsere sehbehinderten Jugendlichen zwei Spezialkameras im Wert von mehreren Tausend Euro. So etwas lässt sich kaum in allen Schulen vorhalten – für die Betroffenen sind diese Kameras aber unerlässlich, um etwa an der Tafel mitlesen zu können.

Dass Inklusion wenig kosten darf, dafür gibt es ein aktuelles Beispiel. In der Senatsverwaltung läuft eine Arbeitsgruppe zur Inklusion in der beruflichen Bildung unter der Prämisse, nicht über Ressourcen zu sprechen. Wie aber soll man für Inklusion sein, wenn sich der Arbeitgeber weigert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen? Inklusion könnte eine echte Chance sein, unsere Schulen zu verbessern. Bisher wurde sie aber nicht genutzt.“

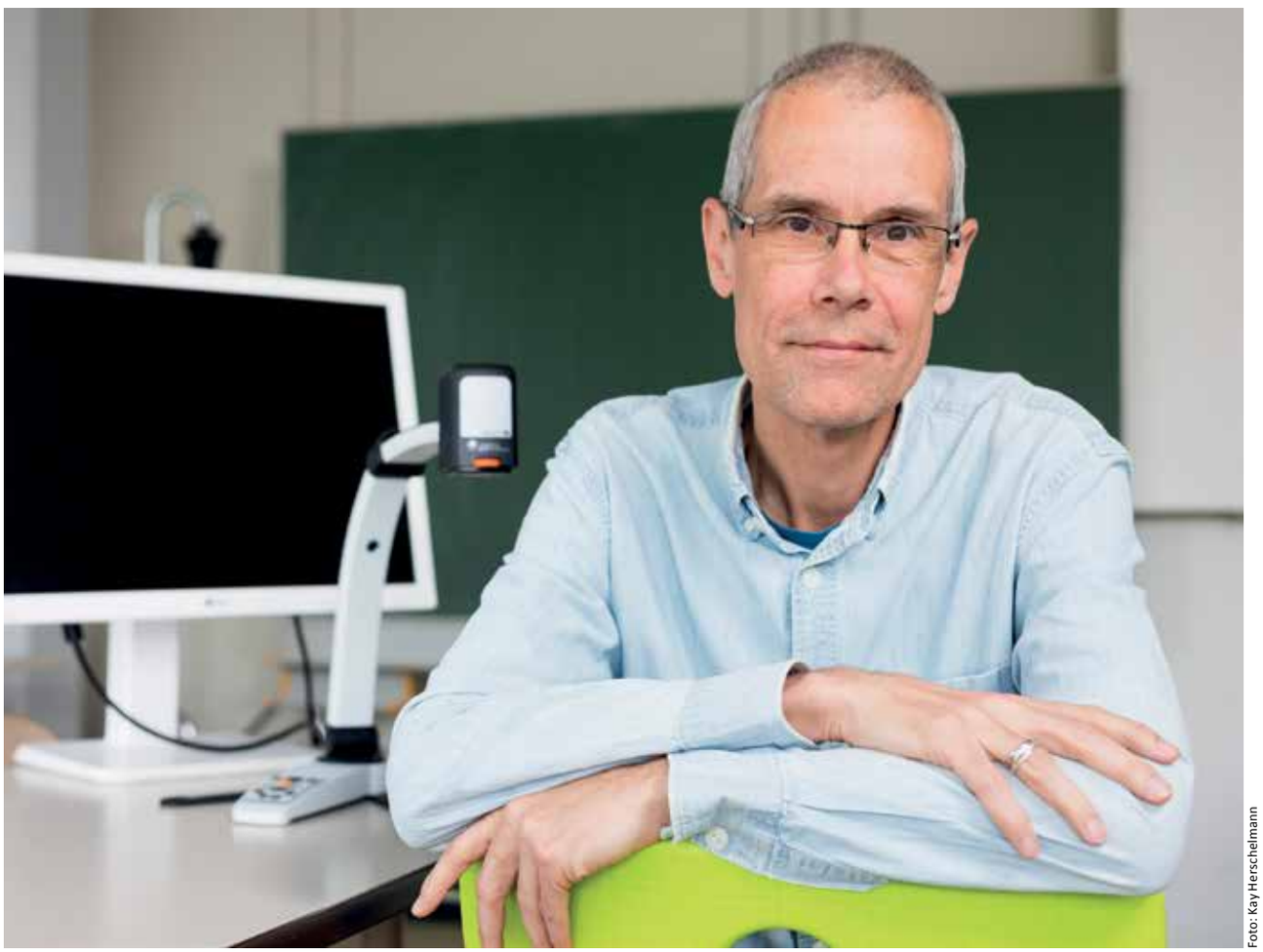


Foto: Kay Herschelmann

Michael Rau, Informatiklehrer an einer beruflichen Förderschule in Berlin: „Inklusion hängt auch sehr von dem Herangehen ab.“

Foto: Michael Reichel

Ute Schmiedekind, Lehrerin an einer Regelschule in Seebach/Thüringen: „Im Moment ist die Lage alles andere als befriedigend."

„Im Grunde eine gute Idee"

Ute Schmiedekind arbeitet an der Regelschule J. Dicel in Seebach/Thüringen:

„In Thüringen können Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen seit einigen Jahren wählen, ob ihr Nachwuchs eine Regel- oder eine Förderschule besucht. Als das Gesetz inkraft trat, kam meine Schulleiterin auf mich zu und sagte: ‚Du, wir bekommen ja demnächst Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf – und da habe ich an dich gedacht.' Also kamen nach den Sommerferien 2013 drei Kinder mit – ganz unterschiedlichen – Problemlagen in meine 5. Klasse. Zeit, mich darauf vorzubereiten, blieb mir nicht. Eine Fortbildung zu besuchen wäre auch schwierig gewesen: Unsere Schule ist notorisch unterbesetzt; außerdem wird die Weiterbildung nur in Weimar angeboten, das liegt rund 100 Kilometer entfernt.

Für mich bedeutet die neue Zusammensetzung: Um für alle Mädchen und Jungen einen Lernzuwachs zu erreichen, differenziere ich meinen Unterricht noch weiter: Außer Haupt- und Realschülern gab es in unserer Schule schon immer jene, die später gern noch Abitur machen wollten.

Mit der Einführung der Inklusion lernen nicht mehr alle nach dem selben Lehrplan: Manche Schülerinnen und Schüler sind erst auf dem Stand der 7. Klasse, auch wenn sie bereits in der 8. sind. Außerdem haben wir aktuell vier Kinder aus geflüchteten Familien, die kaum Deutsch sprechen. Die Folge: Wenn ich heute eine Englisch-Arbeit austeile, gibt es fünf verschiedene Varianten.

Eine Sonderpädagogin für den gemeinsamen Unterricht haben wir auch, sie ist fünf Stunden in meiner Klasse – zwei in Mathe und drei in Deutsch. Da ich Englisch, Französisch und Ethik als Fächer habe, sehe ich die Kollegin nur in Ausnahmefällen. Enorm hilfreich ist allerdings unser Austausch außerhalb des Unterrichts: Ohne ihre Unterstützung – allein an unserer Schule arbeitet sie in vier Klassen! – könnten wir die völlig neue Situation gar nicht stemmen.

Im Grunde halte ich Inklusion für eine gute Idee. Die Eltern sind froh, dass ihre Kinder eine ‚normale' Schule besuchen können; und auch den Schülerinnen und Schülern tut es im Prinzip gut. Im Moment aber ist die Lage alles andere als befriedigend. Es fehlt massiv an Personal, auch an der Ausstattung mangelt es, etwa an Material für den Unterricht in heterogenen Gruppen. Insgesamt muss ich nach 36 Jahren im Schuldienst feststellen: Ich habe viele Reformen erlebt, nicht zuletzt nach dem Ende der DDR. Der inklusive Unterricht aber ist die größte Herausforderung meines beruflichen Lebens."

Alle Protokolle: Jeannette Goddar, freie Journalistin

FES-Länderhefte zur Inklusion

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat eine Reihe von 16 Länderheften erarbeitet, die einen umfassenden Überblick über inklusive Bildung in der Schule und der beruflichen Bildung geben. Die Länderhefte sind eingebettet in eine größere Serie zur Inklusion, sie sind im Rahmen des Projekts „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus" entstanden. Jede Broschüre beleuchtet sowohl den aktuellen Stand der Umsetzung als auch die laufende politische Debatte. Ein Länderheft sowie das Überblicksheft sind noch in Vorbereitung. Sie erhalten die Broschüren unter:

www.fes.de/de/gute-gesellschaft-soziale-demokratie-2017plus/gute-arbeit-und-sozialer-fortschritt/projekte/inklusive-bildung-im-laendervergleich/

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungs-analyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Obwohl immer mehr Schulen inklusiv arbeiten und eine Mehrheit der Pädagoginnen und Pädagogen Inklusion nicht grundsätzlich infrage stellt, brodelt es in den Lehrerzimmern.

Foto: Dominik Buschardt

Die große Ernüchterung

// Viele Lehrerinnen und Lehrer unterstützen die Inklusion, doch wegen schlechter Rahmenbedingungen häufen sich bundesweit die Proteste. //

Wenn er an die Inklusion an den Hamburger Schulen denkt, dann beobachtet Sven Quiring einen „emotionalen Roll-back“. Als die Reform vor sieben Jahren flächendeckend umgesetzt wurde, habe es bei den Lehrkräften große Unterstützung gegeben, sagt der Sonderpädagoge und stellvertretende GEW-Landesvorsitzende: „Jetzt ist die Euphorie einer großen Ernüchterung gewichen. Dagegen müssen wir etwas tun!“

Im Norden vollzieht sich exemplarisch ein Wandel, der auch in anderen Bundesländern zu beobachten ist. Obwohl immer mehr Schulen inklusiv arbeiten und eine Mehrheit der Pädagoginnen und Pädagogen die Inklusion nicht grundsätzlich in Frage stellt, brodelt es in den Lehrerzimmern, vor allem in den Grundschulen.

Die GEW Hamburg und andere Inklusionsunterstützer haben einen Weg des Protestes gewählt, der den Unmut der Lehrenden benennt, aber gleichzeitig die Reform vorantreiben will. Die „Volksinitiative Gute Inklusion“ hat schon mehr als 10 000 Unterschriften gesammelt. Der Initiative geht es vor allem um mehr Ressourcen. Unter anderem fordert sie je drei Lehrerunterrichtsstunden mehr für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt LSE (Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung).

Bislang weist der Hamburger Senat die Kritik zurück. Nach Angaben der Behörde stieg die Zahl der für Inklusion zuständigen Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Erzieherinnen an Grund- und Stadtteilschulen sowie Gymnasien seit dem Schuljahr 2012/13 von 990 auf 1 141 im Schuljahr 2016/17.

Unterschiedliche Bewertungen der Rahmenbedingungen gibt es auch in anderen Bundesländern, obwohl die Regierungen zum Teil erhebliche Summen in die Inklusion investieren. Dabei zeigt sich fast überall ein ähnliches Problem: Die Ausweitung der Reform auf die Fläche bringt häufig Rückschritte für jene Schulen, die schon lange integrativ arbeiten – sie fühlen sich schlechter gestellt als bisher. Beispiel Hessen, das eine mehr als 30-jährige Erfahrung mit integrativem Lernen hat. Heute wünscht sich so manche Schule die Bedingungen des „gemeinsamen Unterrichts“ (GU) zurück. Der, so klagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, habe damals gute Standards gesetzt. Doch die seien leider nicht übernommen worden.

Es sind aber nicht nur die mangelnden Ressourcen für die Inklusion, die Lehrkräfte protestieren lassen. Hinzu kommt die Integration von bis zu 300 000 geflüchteten Kindern. Viele Pädagoginnen und Pädagogen verstehen dies nicht als Teil inklusiven Lernens, sondern als Zusatzaufgabe, mit der sie allein gelassen werden.

Brandbrief aus Hessen

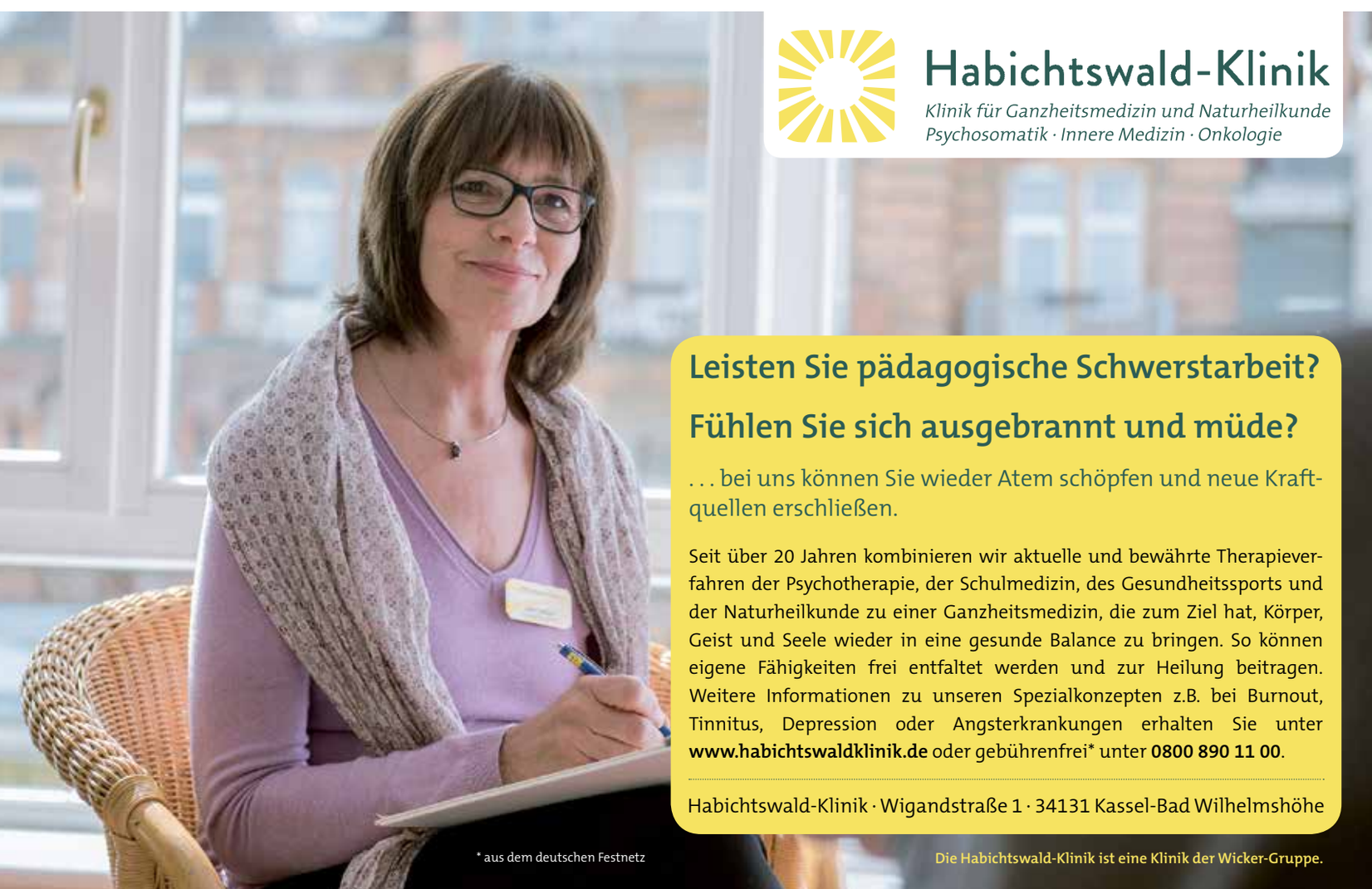
Anfang des Jahres schlugen in Frankfurt am Main rund 100 Grundschulleitungen Alarm und schrieben einen Brandbrief an den hessischen Kultusminister Alexander Lorz (CDU). Die Herausforderungen in der Großstadt seien exorbitant, sagte der Sprecher des Bündnisses, Benedikt Gehrling. Nach seinen Angaben haben an manchen Schulen mehr als 80 Prozent der Kinder einen Migrations-

hintergrund, viele sprechen schlecht Deutsch, Lehrkräfte arbeiten mit traumatisierten geflüchteten Kindern, obwohl sie dafür nicht ausgebildet sind.
Auch der seit kurzem pensionierte Grundschulleiter Manfred Schiwy aus Südhessen kennt die Schwierigkeiten. Der ehemalige Chef einer Schule im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat im vergangenen Oktober mit anderen Schulleitungen ebenfalls einen Protestbrief ans Kultusministerium geschickt. Darin heißt es: „Mit Sorge verfolgen wir die Entwicklung der Grundschulen. Wir befürchten, dass ihre Qualität nicht länger auf dem gewohnten Niveau gehalten werden kann, sogar abnimmt, wenn nicht gegengesteuert wird."
Schiwy bestätigt, den Schulen fehlten sowohl Ressourcen für die Inklusion als auch für die Betreuung geflüchteter Kinder: Unter diesen Bedingungen treibe die Verbindung von Inklusion und Integration die Belastungsgrenze ins Unendliche: „Wir gaukeln allen vor, dass kein Kind zu kurz kommt, aber das stimmt nicht."
Zu einem ähnlichen Fazit kam im Februar eine Frankfurter Grundschullehrerin, die in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) anonym ihren Alltag schilderte. Sie schrieb: „Heute würde ich keine Grundschullehrerin mehr werden, weil ich den Kindern nicht mehr gerecht werden kann." Auf der Strecke blieben „die paar normalen, unauffälligen, lernbegierigen Kinder, die einfach mitlaufen, weil man als Lehrerin keine Zeit für sie hat".
Unwidersprochen bleiben solche Schilderungen nicht. Das hessische Kultusministerium wehrt sich gegen den Vorwurf, die Grundschullehrkräfte allein zu lassen. Offiziell hat es auf den jüngsten Frankfurter Brandbrief nicht reagiert. Es habe aber ein „Treffen auf Fachebene" mit den protestierenden Grundschulleitern gegeben, heißt es aus dem Ministerium. Beide Seiten würden nun „eine Reihe von Ansatzpunkten" weiter diskutieren. Zusagen für mehr Ressourcen gab es bisher nicht.

Kritik an „Schimpftirade"

Zu Wort gemeldet haben sich auch Vertreter des Netzwerks „Inklusion Frankfurt" und des Vereins „Gemeinsam leben Hessen". Sie kritisieren unter anderem die „Schimpftirade auf die aktuellen Zustände" in der FAS: „Wenn wir als Eltern so etwas lesen, gewinnen wir den Eindruck, mehr Ressourcen, mehr Geld und mehr Zeit werden nicht ausreichen für gute Inklusion. Haltung kann man nicht kaufen."
Gewerkschafter Quiring sieht das anders. „Es stimmt nicht, dass Inklusion nur die richtige Haltung braucht." Er setzt darauf, dass die Politik bald auf die „Volksinitiative Gute Inklusion" reagiert – und die Schulen besser ausstattet: „Schließlich fordern wir nichts, was unmöglich wäre."

Katja Irle,
freie Journalistin



Kooperation auf allen Ebenen

// Was muss sich wie auf welchen Ebenen ändern, damit Inklusion in schulischer Praxis gelingen kann – und pädagogisches Engagement nicht ins Leere läuft? //

Seit dem Kongress von Salamanca über „Special Needs Education“ 1994* und nicht zuletzt der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen – die Deutschland 2007 unterzeichnet hat, 2009 trat sie in Kraft – ist „Inklusion“ klar definiert: eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Menschen an Gesellschaft und Bildung, unabhängig von Alter, sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft, Fähigkeiten, Geschlecht, sexueller Orientierung oder körperlicher Verfassung.

Idee und Praxis der Inklusion stehen damit im Widerspruch zu einer Gesellschaft, in der es nach wie vor vielfältige Mechanismen der Ausgrenzung gibt. Diesen entspricht eine Sozial- und Bildungspolitik, welche die Spaltungen verstärkt. Das Konzept der Inklusion zielt auf eine andere, sozialere und demokratischere Sozial- und Bildungspolitik ab. Das heißt allerdings: Inklusion ist kein Zustand, der sich von heute auf morgen herstellen lässt, sondern ein tiefgreifender systemischer Transformationsprozess. Er sollte am Ende allen Lernenden zugutekommen und die angstfreie Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Interessen im Kontext einer solidarischen Lerngemeinschaft ermöglichen.

Kein Einzelkämpfertum

Die Frage ist nun: Wie kann diese Entwicklung angesichts einer ihr widersprechenden politischen und strukturellen Ausgangslage gelingen? Und was können wir als pädagogische Expertinnen und Experten dazu beitragen? Um das zu beantworten, sind die Ebenen zu unterscheiden, auf denen dieser Prozess stattfinden muss:

- Die professionelle: Nach wie vor werden Lehrkräfte ungenügend auf die Heterogenität im Klassenzimmer vorbereitet. Selbstreflexion und das Fördern inklusiver Einstellungen spielen in der pädagogischen Ausbildung fast noch keine Rolle. Auch die Fachdidaktik und die Bildungswissenschaften bieten kaum Grundlagen für eine inklusive Pädagogik. Ansätze zu einer inklusiven Lehrkräftebildung hat das „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ der GEW in seinen Leitlinien skizziert. Darin hält die Bildungsgewerkschaft fest, dass Inklusion alle Teildisziplinen betrifft. Nicht zuletzt geht es um eine professionelle Haltung, die in allen Phasen der Fachkräfteausbildung Thema sein sollte. Hierzu gehören die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, die Offenheit gegenüber dem

Inklusion gibt es nicht von heute auf morgen. Sie soll allen Lernenden zugutekommen und die angstfreie Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Interessen in einer solidarischen Lerngemeinschaft ermöglichen.

Foto: dpa

Fremden und Neuen sowie das reflexive Bearbeiten von Ängsten und Vorurteilen. Auch das in der professionellen Sozialisation angelegte Einzelkämpfertum der Lehrkräfte ist eher hinderlich, will man inklusive Schul- und Unterrichtsformen umsetzen. Für den inklusiven Unterricht brauchen Pädagoginnen und Pädagogen daher Unterstützung durch ein entsprechendes Fortbildungsangebot sowie Freiräume, damit sie dieses auch nutzen können.

- Die institutionelle: Eine wichtige Bedingung für den Erfolg inklusiver Bildung ist die Kooperation auf allen Ebenen. Dies betrifft sowohl das gemeinsame Lernen der Kinder und Jugendlichen als auch die fachliche und pädagogische Zusammenarbeit der Lehrkräfte und der multiprofessionellen Teams. Gemeinsame pädagogische Überzeugungen sowie der Inklusion gegenüber positiv eingestellte Schulleitungen fördern Team-Strukturen. Dies war unter anderem auch das Ergebnis einer aktuellen Studie von Prof. Rolf Werning an niedersächsischen Grundschulen**. Die Akzeptanz und der Erfolg inklusiver Bildung waren an jenen Schulen am größten, an denen es gelang, kooperative Strukturen aufzubauen. Auch Untersuchungen zur Berufszufriedenheit der Lehrkräfte zeigen, dass diese an Schulen, an denen es eine verlässliche Zusammenarbeit gibt, am höchsten ist. Deshalb fordert die GEW, die Unterrichtsverpflichtung zu senken sowie Kooperationszeiten und -räume für alle bereitzustellen.
- Die bildungspolitische: Leider verstehen die meisten Bildungspolitiker unter „Inklusion“ allenfalls einen sonderpädagogischen Anbau der bestehenden Strukturen. Dieser „Anbau“ soll zudem noch möglichst kostenneutral sein. Demzufolge reagiert Politik auf die Diversität der Lerngruppen einerseits, indem sie separierende Schulstrukturen beibehält – andererseits, indem sie einer naiven Testgläubigkeit verfällt. Denn weder die Bildungsstandards noch deren Überprüfung haben die Kultusminister an inklusive Settings angepasst. Auch die Themen Diskriminierungsfreiheit, Demokratie und Kooperation spielen keine Rolle. Stattdessen wird so getan, als könne man durch entsprechende Tests, Etikettierungen und Lernmaterialien inklusive Schulen entwickeln. Auch versucht Bildungspolitik weiterhin, Inklusion innerhalb bestehender, ihr widersprechender schulischer Strukturen umzusetzen – und zwar meist ohne entsprechende Rahmenbedingungen. Paradox genug, dass Lehrkräfte in einem separierenden, chronisch unterfinanzierten Schulsystem inklusive Prozesse in Gang bringen sollen.

Klar ist: Alle drei Ebenen greifen ineinander. Unsere Aufgabe als Bildungsgewerkschaft ist es, professionelle Weiterentwicklung zu stärken, Zusammenarbeit und Kooperation in den Institutionen voranzubringen. Wir müssen von der Politik mit allem Nachdruck die Rahmenbedingungen und Ressourcen einfordern, die zum Gelingen inklusiver Bildung notwendig sind. Bis wir dieses Ziel erreichen, bleibt uns nur, den pädagogischen Widerstand gegen die herrschende Systemlogik wach zu halten und Ansätze guter inklusiver Praxis zu stärken, an denen sich Politik orientieren kann.

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

***„Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen müssen Zugang zu regulären Schulen haben.“**
****Pressemeldung sowie Vortrag von Prof. Werning unter folgendem Link und Eingabe des 20.10.2016: www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen**

Vielfalt erlebbar machen!
Materialien für Ihren Unterricht

Foto: CBM

Sie möchten Ihrer Klasse das Thema Inklusion näher bringen? Wir bieten Ihnen kreative Ideen und spannende Materialien für einen lebendigen Unterricht in allen Klassenstufen.

Lassen Sie sich inspirieren unter:
www.cbm.de/schulen

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Tel.: (0 62 51) 131-295
E-Mail: material@cbm.de

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

Inklusion
Dokumentation · Organisation · Rechtssicherheit

Hefte Klassenförderplanung (Screening) für die Schuleingangsphase und ab Klassenstufe 3
Förderplan und Bildungsbericht (schülerweise im Heft)
Unterrichtsnachweis für die Einzel- und Gruppenförderung
Elterngespräche mit Durchschrift
Versprochen – Abmachungen mit dem Kind
Schülerweiser Förderplan mit Dokumentation (Einzelheft je SuS)
Schülerverhalten

Materialien vom Fachverlag
für die Lehrkräfte in der Klasse und beteiligte sonderpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung in den Klassen und bei individueller Förderung.

www.schulorganisation.com
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Cartoon: Freimut Woessner

Regiebuch vorhanden, eigentlich …

// **Mangelnde Ressourcen, fehlende Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte, schlechte Ausbildung, zu wenig Fortbildung sowie eine Fachdidaktik und Bildungsstandards, die noch nicht auf Inklusion ausgerichtet sind. Die Klagen aus den Bundesländern ähneln sich. Ein Blick in drei Länder.** //

Eigentlich müsste es ja genug Erfahrungen mit gemeinsamem Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder geben – vor allem im alten Bundesgebiet. Bereits 1973 forderte der Deutsche Bildungsrat, das Separieren von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in spezielle Schulformen zu beenden – und sich dem gemeinsamen Unterricht zuzuwenden. Anfang der 1980er-Jahre gab der Bund dann für ein Projekt der damaligen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) sehr viel Geld aus, um dafür bundesweit an 100 allgemeinbildenden Schulen gemeinsames Lernen über viele Jahre hinweg zu fördern. Es waren 100 gelungene Versuche, wie der BLK-Abschlussbericht dokumentiert. Auch in der ehemaligen DDR gab es in den 1980er-Jahren einzelne Vorstöße und Versuche – wenn auch zaghafter als im Westen.

Wenn die Schulminister heute diesen fast drei Jahrzehnte alten BLK-Bericht zur Kenntnis nähmen, hätten sie im Prinzip ein aktuelles Regiebuch für die Mammut-Reformaufgabe Inklusion in der Hand. Sie wüssten, was man nicht falsch machen darf – und wie es viel besser laufen könnte. Der Unterschied zu damals: Die 100 Modellschulen hatten durch die Bundesförderung ausreichend Ressourcen zur Verfügung. Es gab zusätzliche Stellen für Fachpersonal, die Schulen hatten sich freiwillig für den Versuch gemeldet, die Kooperation mit den Eltern funktionierte bis auf wenige Ausnahmen, engagierte Lehrerinnen und Lehrer hatten genügend Zeit für Fortbildung und Supervision.

Als Deutschland 2009 der UN-Konvention über die „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ beitrat, duckte sich die Kultusministerkonferenz (KMK) zunächst einmal weg. Zu sehr war man

noch mit den Spätfolgen des PISA-Schocks von 2001 und der Verständigung auf neue Bildungsstandards beschäftigt. Zugleich wollte Politik um jeden Preis – auch in allen SPD-geführten Bundesländern – eine neue Schulstrukturdebatte unterbinden.

So verlief denn auch Inklusionsentwicklung in den Ländern völlig unterschiedlich, wie ein aktueller Blick nach Bremen, Sachsen und Nordrhein-Westfalen (NRW) deutlich macht.

Musterknabe Bremen?

Als erstes Bundesland hat Bremen bereits unmittelbar nach Unterzeichnung der UN-Konvention Inklusion als Ziel ins Schulgesetz aufgenommen. Ein Jahr später startete die Umsetzung. Basis waren damals unter anderem Empfehlungen eines Gutachtens der Bildungsforscher Klaus Klemm und Ulf Preuss-Lausitz von 2008, alle Sonderschulen auslaufen zu lassen.

Schaut man in die aktuelle Statistik, die die beiden Wissenschaftler jetzt für das Schuljahr 2015/16 erarbeitet haben, so ist Bremen im Vergleich mit allen anderen Ländern dem Inklusionsziel eindeutig am nächsten gekommen. Im Schuljahr 2008/09 – also noch vor Unterzeichnung der Konvention, besuchten von den Erst- bis Zehntklässlern in der Hansestadt insgesamt 4,61 Prozent spezielle Förderschulen. Heute sind es lediglich noch 1,12 Prozent. Zum Vergleich: Bundesweit waren dies damals 4,92 Prozent – heute 4,44 Prozent (s. Gastkommentar S. 2). Zugleich stieg die Inklusionsquote an allgemeinbildenden Schulen in Bremen von 2,94 Prozent (2008/09) auf 5,69 Prozent (2015/16). Das ist mit Abstand das beste Ergebnis bundesweit – wobei man auch in der Hansestadt berücksichtigen muss, dass Schulen heute viel mehr Schülerinnen und Schülern einen besonderen sonderpädagogischen Förderbedarf attestieren als damals.

Probleme bereitet dort unter anderem die Inklusion Jugendlicher, die sozial-emotionaler Förderung bedürfen. Die darauf spezialisierte Schule an der Fritz-Gansberg-Straße sollte im Zuge der Inklusion aufgelöst werden. Anfang 2014 nahm man sie allerdings wieder ins Schulgesetz auf, wenn auch befristet. „Oberstes Ziel im Sinne der Inklusion ist, die Schülerinnen und Schüler ‚fit' zu machen für eine Rückschulung in die Regelschule", heißt es in einer Selbstdarstellung der Schule.

„Wir geben unseren Anspruch, inklusiv zu bilden, nicht auf – aber die Ressourcen reichen einfach nicht", sagt GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann. Ein weiteres Problem ist Winkelmann zufolge der Mangel an sonderpädagogischen Fachkräften – vor allem für die Grundschulen. „Die Universität Bremen bildet zu wenig Lehramtsstudierende aus. Die Hochschule hat in den vergangenen Jahren andere Schwerpunkte gesetzt."

In der Hansestadt sind die Sonderschulzentren für Lernen und Sprache inzwischen aufgelöst worden. Neben der Gansberg-Schule gibt es noch Sonderförderzentren für Sehen und Hören. „Unsere Perspektive bleibt die eine Schule für alle", betont Winkelmann. Aber die Pädagoginnen und Pädagogen benötigten für die Umsetzung der Reform mehr Zeit, das heißt weniger Unterrichtspflichtstunden. Der Landesverband wünscht sich zudem eine breiter angelegte Evaluierung und mehr Unterstützung durch die Wissenschaft.

Trippelschritte in Sachsen

In Sachsen geht es dagegen nur ganz langsam voran. „Die CDU, die mit Brunhild Kurth die Kultusministerin stellt, will erst dann gemeinsamen Unterricht für alle Kinder einführen, wenn die Bedingungen stimmen. Doch die werden nicht geschaffen", kritisiert die Vorsitzende der GEW Sachsen, Uschi Kruse.

Das schlägt sich eindeutig in der Statistik nieder. Besuchten vor Unterzeichnung der UN-Konvention in Sachsen 6,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler separate Förderschulen, so waren es im Schuljahr 2015/16 immer noch 5,89 Prozent – ein Rückgang im Schneckentempo. Der verpflichtende Besuch einer Förderschule sei zwar formal aufgehoben – sofern das Eltern wünschten. Doch den Elternwillen nach gemeinsamem Unterricht zu erfüllen, sei an Bedingungen geknüpft. Andere Kinder und Jugendliche dürften dadurch nicht „behindert" werden. Die Schulleitung müsse zustimmen, berichtet Kruse. „Ohne die große Zahl engagierter Mütter und Väter wären wir nicht weitergekommen. Aber die aufnehmenden Schulen werden von der Landesregierung allein gelassen." Für mehr Fortschritt in Sachen Inklusion müssten mehr Geld bereit- und Fachkräfte eingestellt werden.

Schleppend voran in NRW

NRW hat 2013 zwar durch Änderung des Schulgesetzes die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems geschaffen. Doch der Rückgang der „exklusiv" in Förderschulen unterrichteten Kinder geht nur äußerst schleppend voran. Betrug der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Jahr vor Unterzeichnung der UN-Konvention 5,24 Prozent, so waren es im Schuljahr 2015/16 immer noch 4,72 Prozent. Angesichts zu geringer Unterstützung durch die Landesregierung befürchtet die GEW NRW Stagnation – bis hin zum Wiederanstieg der Exklusionsquote –, wie er nach den Berechnungen von Klemm und Preuss-Lausitz derzeit in Baden-Württemberg und Bayern zu beobachten ist. „Eine zunehmende Umschulung aus dem gemeinsamen Lernen zurück an die Förderschulen zeigt, dass häufig auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ihre Eltern unzufrieden sind mit dem bisherigen Stand der Umsetzung der Inklusion", heißt es in einem Forderungskatalog der GEW NRW zur Landtagswahl am 14. Mai. Beklagt wird von der Gewerkschaft eine ungenügende Ausstattung mit Personal, Zeitressourcen und Materialien. Auch die angebotenen Fortbildungen für Lehrkräfte seien nicht ausreichend. In vielen Kommunen fehlten zudem Schulentwicklungspläne. Denn nicht nur die Landesregierung müsse Inklusion in der Praxis besser unterstützen, fordert der nordrhein-westfälische Landesverband. Auch die Schulträger seien in der Verantwortung – zum Beispiel für weitere barrierefreie Räume zu sorgen.

„An vielen Schulen herrscht Frust, weil sich die Lehrkräfte allein gelassen fühlen. Die Inklusion ist einfach unterfinanziert", resümiert GEW-Landesgeschäftsführer Michael Schulte.

Karl-Heinz Reith,
Bildungsjournalist und Fachautor

„Feedback mindestens jedes halbe Jahr“

// Schwierigkeiten mit der Promotion? Kennt fast jeder Doktorand bzw. jede Doktorandin in Deutschland. Mal ist die Doktormutter wochenlang abgetaucht, mal verlangt der Doktorvater eine immer größere Ausweitung des Themas. Zwischen einem Drittel und der Hälfte der Promovierenden bricht das eigene Forschungsprojekt irgendwann ab*. Das kann auch mit der Qualität der Betreuung in der Promotionsphase zu tun haben. Die Promovendin Anja Hirsch verlangt im E&W-Interview „einen Umgang auf Augenhöhe“. //

E&W: Es knirscht viel zu häufig zwischen Betreuer und Doktorand, zwischen Doktormutter und Promovendin. Sie halten als Projektgruppe Doktorandinnen und Doktoranden der GEW mit dem „Positionspapier Promotionsbegleitung“** dagegen. Wie kam es zustande?

Anja Hirsch: Bei einem unserer jährlichen Seminare haben wir uns 2013 sehr intensiv mit der Promotionsbetreuung beschäftigt. Bisher ein Konzept, bei dem sehr vage bleibt, was man erwarten kann und was es wirklich bedeutet. Das wollten wir verändern. Ziel ist, das Verhältnis zwischen Promovierenden und ihren Betreuerinnen und Betreuern zu klären und zu schärfen. Ergebnis unserer intensiven Diskussionen ist das Positionspapier.

E&W: Sie stören sich vor allem am Begriff der „Betreuung“. Das ist doch nur Wortklauberei!

Hirsch: Nein, denn Betreuung assoziiert eine starke Hierarchie. Das passt nicht zum Berufsbild der selbstständig arbeitenden Wissenschaftlerin. Ein anderer Begriff erscheint uns viel angemessener: „Begleitung“. Weil er auf einen Umgang auf Augenhöhe verweist und weder die Selbstständigkeit der Doktorandinnen und Doktoranden außer Acht lässt noch die phasenweise nötige Beratung und Unterstützung.

E&W: Für diese andere Form der Zusammenarbeit braucht es doch mehr als nur neue Bezeichnungen …

Hirsch: Na klar, auch die Strukturen müssen sich deutlich ändern. Deshalb fordern wir den Abbau bestehender Abhängigkeiten. Bisher ist der Doktorvater oder die Doktormutter doch häufig alles in einer Person: Begleiter, Gutachter und oft auch noch dienstlicher Vorgesetzter. Wenn es dann Probleme mit der Promotion gibt, ist es für die Doktorandinnen und Doktoranden oft schwierig, sich zu beschweren. Ich kann verstehen, wenn jemand sich nicht über schlechte Absprachen bei der Promotionsbegleitung beklagen will, wenn sein Gegenüber gleichzeitig als Chef über den nächsten Urlaub entscheidet. Oder wenn jemand kaum Zeit für die Promotion aufgrund der hohen Arbeitsbelastung hat, aber fürchtet, dass die Kritik daran die gute Note der Doktorarbeit gefährden könnte. Im Idealfall müssen die einzelnen Rollen klar getrennt werden.

Foto: privat

Anja Hirsch, 32, ist Politikwissenschaftlerin. Sie promoviert über Jugendpartizipation an der Universität zu Köln.

E&W: Wie denn?

Hirsch: Wer eine Promotion begleitet – im Normalfall dauert das ja mehrere Jahre –, sollte sie anschließend nicht auch noch benoten. In anderen Wissenschaftssystemen, etwa in England, ist das längst üblich und eine Form wissenschaftlicher Qualitätssicherung. Allerdings gibt es dort auch keine Notenskala, sondern nur ein einfaches Bestanden-/Nicht-Bestanden-System. Dass die willkürliche Benotung abgeschafft wird, wenn man die Rollen Begleitung und Begutachtung trennt, halten wir für wichtig. Viele Aufgaben der nichtfachlichen Begleitung könnten zudem fächerübergreifend Graduiertenzentren übernehmen. Noch entscheidender erscheint mir, dass Doktorandin oder Doktorand mit der begleitenden Hochschullehrkraft bereits zu Beginn der Zusammenarbeit klare Absprachen trifft – etwa über eine Promotionsvereinbarung.

E&W: Was wollen Sie genau vereinbaren?

Hirsch: Alles, was für eine erfolgreiche Promotionsphase wesentlich ist. Festlegen sollte man zum Beispiel die Dauer der Promotion und die Häufigkeit des Feedbacks. Wir empfehlen, dass es mindestens einmal im halben Jahr eine Rückmeldung gibt, ich selbst habe einen Drei-Monats-Rhythmus vereinbart. Klären sollte man auch, welche Ressourcen zur Verfügung stehen: Büroräume, Platz und Zeiten im Labor. Außerdem sollte vereinbart werden, die Nachwuchsforscherinnen und -forscher in die Fachcommunity einzuführen und sie über wichtige Tagungen und Publikationsprojekte zu informieren. Und – ein ganz entscheidender Punkt: welche Verfahren im Konfliktfall geeignet sind, Probleme zu lösen. Graduiertenzentren an Hochschulen könnten sich hier beispielsweise als Vermittler einschalten. Deshalb sollten diese Absprachen nicht nur zwischen Doktorand und der Begleitperson, sondern auch mit der Universität und – sofern es eines gibt – mit dem Graduiertenzentrum getroffen werden.

E&W: Viele Unis argumentieren: Wir haben doch längst solche Vereinbarungen, etwa zur Dauer einer Doktorarbeit.

Hirsch: Das stimmt. Es gibt solche Regelungen immer öfter, aber sie sind von unterschiedlicher Qualität. Schwierig wird es, wenn man die Doktorandinnen und Doktoranden nicht von Anfang an mit einbezieht. Sie müssen die Chance haben, ihre Interessen in die Regelungen mit einfließen zu lassen. Passiert das nicht, sehen wir die Gefahr, dass aus der Promotionsvereinbarung ein einseitiger Verpflichtungskatalog zu Lasten des Doktoranden oder der Doktorandin wird. Wir wollen, dass darin auch die Pflichten für die Begleiterinnen und Begleiter sowie die Hochschulen festgeschrieben werden.

E&W: Welche Bindungskraft hat ein solches Papier? Was passiert, wenn etwa ein Begleiter seine Verpflichtungen zu regelmäßigem Feedback nicht einhält?

Hirsch: Der rechtliche Status ist tatsächlich ein Punkt, den man klären sollte. Also etwa die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Promotionsvereinbarung und regulärem Arbeitsvertrag gestaltet. In der GEW ist das Thema sehr präsent. So prüft die Gewerkschaft derzeit, wie man Promovierende am besten absichern kann. Aber Sie sprechen mit Ihrer Frage ja auch die Qualifizierung der Promotionsbegleiter an.

E&W: Warum ist Qualifizierung nötig? Besteht die nicht über Promotion und Habilitation?

Hirsch: Die dokumentieren zunächst nur die wissenschaftliche Qualifikation – sagen aber wenig bis gar nichts über die Begleitung aus. Wer promoviert hat, ist nicht automatisch ein guter Promotionsbegleiter. Sie oder er muss sich auch dafür qualifizieren. Andere Länder machen das vor: In Großbritannien ist man zum Beispiel erst einmal Co-Begleiter bei Kolleginnen und Kollegen, die schon länger Promovierende begleiten. Erst danach erreicht man den Status, eigenverantwortlich eine Dissertation zu begleiten. Das, wie auch entsprechende Qualifizierungsangebote, halte ich für ein sinnvolles Modell, weil es schrittweise an die Rolle des Promotionsbegleiters heranführt.

E&W: Wie hoch sind die Hürden, Ihre Vorschläge umzusetzen?

Hirsch: Uns ist klar, dass wir einen Kultur- und Mentalitätswandel im deutschen Hochschulsystem brauchen. Wir müssen die Promotionsphase ganz anders denken, mehr aus Sicht der Qualität. Und wir könnten uns vielleicht schon mal klar machen, dass die Doktorandenzahl, die ein Begleiter betreut, kein Maßstab für die Qualität seiner Begleitung ist.

Interview: Armin Himmelrath,
freier Journalist

***Darauf wies der im Februar vorgestellte „Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs“ (s. E&W 3/2017) hin.**
****Das GEW-Positionspapier: www.gew.de/promotionsbegleitung**

ICH WERDE ALLEN ELTERNANSPRÜCHEN GERECHT UND **KANN** AUCH MIT SCHWIERIGEN SCHÜLERN UMGEHEN. **NICHT** IMMER ERWARTE ICH DANK DAFÜR, ABER ETWAS **MEHR** RESPEKT UND ANERKENNUNG WÄREN SCHÖN.

PARK KLINIK
Wiesbaden | Schlangenbad

Private Akutklinik für psychische und psychosomatische Gesundheit

Sie sind LehrerIn und geben Ihr Bestes, haben aber immer öfter das Gefühl, an Ihre Grenzen zu stoßen? Bitte sprechen Sie mit Ihrem Hausarzt oder rufen Sie an, wenn Sie Hilfe benötigen.

Akut-Telefon: 06129 48 83-0

www.parkklinik-schlangenbad.de

An welcher Uni willst du arbeiten?

// … und an welcher besser nicht? Das GEW-Portal Kodex-Check* bietet allen eine gute Orientierungshilfe, die sich einen Überblick über die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen verschaffen wollen. Das Portal ist während der 8. Follow-up-Tagung zum „Templiner Manifest“ von der GEW in Berlin präsentiert worden. //**

Soll sich die Naturwissenschaftlerin und junge Mutter nach der Promotion für die Universität Tübingen oder die Universität Heidelberg entscheiden? Beide deutsche Elite-Unis haben Konzepte für Familienfreundlichkeit und gute Arbeit, wie die Datenbank kodex-check.de zeigt. Allerdings stellt die Uni Heidelberg ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu 88 Prozent ohne feste Stelle an, während an der Uni Tübingen „nur“ 77 Prozent des Mittelbaus befristet beschäftigt sind.

Das GEW-Portal Kodex-Check leistet etwas bislang Einmaliges: Auf einen Blick lässt sich vergleichen, wie die 82 deutschen Universitäten ihre Spielräume als Arbeitgeber nutzen: Wie hoch etwa der Anteil befristet Beschäftigter oder der Frauenanteil ist. Oder wo es einen Tenure Track gibt. Dem Check liegt der „Herrschinger Kodex“ zugrunde, der Leitfaden für gute Arbeit in der Wissenschaft, den die GEW vor fünf Jahren verabschiedet hat. „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler interessieren sich heute nicht mehr bloß für die Forschungsbedingungen an einer Universität, sondern zunehmend auch für die Beschäftigungsbedingungen“, erklärte GEW-Vize Andreas Keller, als er die Datenbank vorstellte. Die GEW erhoffe sich von dem Vergleichsportal mehr Transparenz, so Keller. Gleichzeitig setze man die Hochschulen unter Erklärungsdruck: Wie kommen Differenzen zustande, wenn Fächerprofil und Etat ansonsten vergleichbar sind – so wie es beispielsweise bei den Universitäten Heidelberg und Tübingen der Fall ist.

„Es gibt kaum Unterschiede zwischen Universitäten mit und ohne Exzellenzstatus, obwohl die Exzellenz-Unis mehr Geld erhalten und für ihre Bewerbung auch Programme zur Familienfreundlichkeit vorlegen mussten”, berichtete die frühere wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin, Franziska Leischner. Damit hätten sie und ihre drei Kollegen nicht gerechnet, als sie – gefördert von der Max-Traeger-Stiftung – statistisches Material sammelten und für ihre Studie zu Beschäftigungsbedingungen und Personalpolitik an den Unis aufbereiteten. Der Kodex-Check basiert auf diesen Daten, deren Auswertung deutlich machte: Selbst wenn Hochschulen Modelle für gute Arbeit oder Familienfreundlichkeit haben, heißt das noch nicht, dass diese auch wirksam sind. „Viele der befragten Hochschulen verfügen über ein Konzept oder sind sogar als familienfreundliche Hochschule zertifiziert”, berichtet Leischner. „Gleichzeitig wissen wir aus dem Bundesbericht für den wissenschaftlichen Nachwuchs (BuWiN – s. E&W 3/2017): Wenn Leute befristet und prekär beschäftigt sind, ist das nicht besonders familienfreundlich.“

Fotos: Dirk Lässig

Während der 8. Follow-up-Tagung der GEW zum „Templiner Manifest“ diskutierten Wissenschaftsexperten über strukturelle Veränderungen an den Hochschulen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Alexandra Dinges-Dierig hielt die Finanzfrage dabei nicht für entscheidend.

„Es ist ein fatales Zeichen, Bildungsausgaben zu senken und im Gegenzug Verteidigungsausgaben zu erhöhen“, betonte Nicole Gohlke, Die Linke.

Der im Februar veröffentlichte 3. Bundesbericht weist nach, dass prekäre Beschäftigung an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen auf sehr hohem Niveau stagniert. 93 Prozent der hauptamtlich wissenschaftlich Tätigen, die jünger als 45 sind, haben Fristverträge. Es besteht also Handlungsbedarf. Darüber, was sich nach der Bundestagswahl an den Hochschulen strukturell ändern soll, debattierten Wissenschaftsexperten der CDU, Grünen, Linken und SPD zum Abschluss der Tagung.

Hochschulexperte Keller stellte klar, dass die GEW eine bessere Finanzierung der Hochschulen für unabdingbar halte, um dort gute Arbeit zu gewährleisten: „Wir geben deutlich weniger Mittel für Bildung aus als andere OECD-Länder“, bemängelte der Gewerkschafter. Für die CDU-Bundestagsabgeordnete Alexandra Dinges-Dierig ist die Finanzfrage allerdings nicht entscheidend. „Gute Arbeit hat vor allem damit zu tun, wie man miteinander umgeht”, betonte sie.

Geld ist nicht alles – getreu diesem Motto will die Union ab 2018 die Ausgaben für Bildung und Forschung senken, wie die Mitte März im Kabinett verabschiedeten Eckwerte für den kommenden Haushalt erkennen lassen. Ganz im Regen stehen lassen will Dinges-Dierig die Hochschulen aber auch nicht: Sie sprach sich dafür aus, dass das zusätzliche Geld aus den Hochschulpakten – insgesamt 38,5 Milliarden Euro über 16 Jahre – auch weiterhin in das ganze Bildungssystem fließen müsse. Die Hochschulpolitiker der Opposition kritisierten die von der Union geplanten Kürzungen im Haushalt scharf. „Es ist ein fatales Zeichen, Bildungsausgaben zu senken und im Gegenzug die Verteidigungsausgaben zu erhöhen", sagte Nicole Gohlke, Die Linke. „Nicht kürzen, sondern klotzen", lautete der Appell von Kai Gehring, Grüne: „Wir brauchen bei Bildung, Wissenschaft und Forschung weiterhin einen kontinuierlichen Aufwuchs." Der SPD-Bildungsexperte Ernst-Dieter Rossmann beruhigte: Man dürfe die „Eckwerte" nicht allzu ernst nehmen. „Das ist der klassische Haushaltsentwurf einer Regierung, die weiß, dass sie in dieser Konstellation nicht mehr regieren will." Mehr Geld für die Unis, darauf konnten sich SPD, Grüne und Linke schnell einigen. Aber wofür

„Nicht kürzen, sondern klotzen", lautete der Appell des Grünen Kai Gehring an die Politik.

es ausgegeben? Gohlke wiederholte den Ende März von der Linken in den Bundestag eingebrachten Vorschlag: Der Bund solle mehr unbefristete Stellen an Hochschulen schaffen. 100 000 solcher Dauerstellen könnten demnach in den nächsten zehn Jahren mittels eines Anreizprogramms entstehen. Sozialdemokrat Rossmann überzeugte das nicht. „Wir werden nicht die Erwartung fördern, dass die Hochschule ein System unbefristeter

SPD-Bildungsexperte Ernst-Dieter Rossmann mit Blick auf die „Eckwerte" des kommenden Haushalts: „Das ist der klassische Haushaltsentwurf einer Regierung, die weiß, dass sie in dieser Konstellation nicht mehr regieren will."

Stellen ist", so Rossmann. Das habe nichts mit guter Wissenschaft zu tun. Keller betonte, dass es um eine vernünftige Balance von befristeten und unbefristeten Verträgen sowie um Mindeststandards für Zeitverträge gehe. Er versprach, dass die GEW alles daran setzen werde, das Thema Beschäftigungsbedingungen bei der Bundestagswahl zentral zu positionieren.

Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

*www.kodex-check.de
**www.gew.de/wissenschaft/templiner-manifest

Langer Weg

// „Es gibt keine andere als politische Pädagogik“ (Paolo Freire) lautete das Motto des Kinder- und Jugendhilfekongresses der GEW, der am 7. und 8. April in Berlin-Neukölln stattgefunden hat. Es war eine ganz besondere Veranstaltung mit illustren Gästen aus Wissenschaft, Gewerkschaft und Politik. //

Wer dem von der Politik gern bemühten Bild der Kostenexplosion im Sozialstaat entgegentreten will, ist bei Stefan Sell richtig. Der Koblenzer Professor zerstört diesen Mythos in wenigen Sätzen. Er betritt die Bühne, sagt: „Jetzt kommt die herrschende Wissenschaft – die Ökonomie“ und ficht gegen die Logik der Finanzpolitiker. Der Fehler liege bereits im Ansatz: „In jedem Unternehmen wird erst das Unternehmensziel definiert und dann berechnet, was es kostet.“ Am Ende setze man die Investition ins Verhältnis zu dem, was der Ertrag ist – der Wertschöpfung. So gesehen sei es völlig grotesk, zum Beispiel beim Kita-Ausbau, das Wort Kosten – geschweige denn Kostenexplosion – überhaupt in den Mund zu nehmen. Sell: „Da explodiert nichts. Und es sind auch keine Kosten: Es sind Investitionen, mit gewaltigen Multiplikatoren-Effekten, etwa für die Unternehmen.“ Dass die Kommunen zu Recht über leere Kassen klagten, stellt der Professor für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik nicht in Abrede. Ursache dafür sei allerdings eine „völlig perverse Kosten-Nutzen-Architektur. Wir brauchen ein Finanzierungssystem, in dem der Nutzer dorthin etwas abgibt, wo die Kosten entstehen“, so Sell.

Willkommen auf dem Kinder- und Jugendhilfekongress der GEW, auf dem seit seiner Gründung 1992 immer voraus- und quergedacht wurde. Mehr als 200 Teilnehmende, unter ihnen 15 (!) Referentinnen und Referenten, waren allerdings auch deswegen angereist, weil es der letzte Kinder- und Jugendhilfekongress war, den seine Gründerväter organisierten. Sowohl Norbert Hocke, 28 Jahre lang GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit, als auch Referent Bernhard Eibeck verabschieden sich – der eine nach dem Gewerkschaftstag der GEW Anfang Mai in Freiburg, der andere schon vorher. Und so saß, wie es Berlins Jugendsenatorin Sandra Scheeres (SPD) ausdrückte, die „geballte deutsche Jugendhilfe“ im Saal der „Werkstatt der Kulturen“. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe machte in ihrer Begrüßung deutlich: Mit Hocke und Eibeck gehen nicht nur zwei Männer, die den „langen Weg von Kindergärtnerinnen zu Kindheitspädagogen, von Betreuung zu Bildung entscheidend nach vorn gebracht haben“. Sondern auch zwei, die die „Sozialpädagogik in diesem Land erheblich mitprägten“.

Viel Rückblick

Dazu passte, dass während der Tagung viel zurückgeblickt wurde – und dabei festgestellt: Es hat sich in den vergangenen 30 Jahren nicht nur im Erzieherberuf viel getan. Vor dem Mauerfall, rechnete der Leiter des Deutschen Jugendinstituts (DJI), Thomas Rauschenbach, vor, hätten in der Bundesrepublik 300 000 Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet; heute seien es über eine Million. „Das sind mehr als in der Autoindustrie und fast so viele wie in der Schule“, so Rauschenbach. Als Gründe nannte er zusätzlich zum massiven Ausbau des Kita- und Kinderschutz-Bereichs auch den Zuzug Geflüchteter. Der DJI-Leiter erinnerte daran, dass es nicht immer ein gutes Zeichen sein müsse, wenn die Nachfrage am Arbeitsmarkt steigt: „Wenn die Kinder- und Jugendhilfe wächst, stellt sich immer die Frage: Verbessert sich die Qualität – oder nehmen die gesellschaftlichen Probleme zu?“ Dass bei der Qualität vieles im Argen liege, war Konsens. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Karin Böllert, erklärte, während Infrastruk-

Kinder- und Jugendhilfekongress der GEW in Berlin: Seit der Gründung 1992 wurde hier immer voraus- und quergedacht.

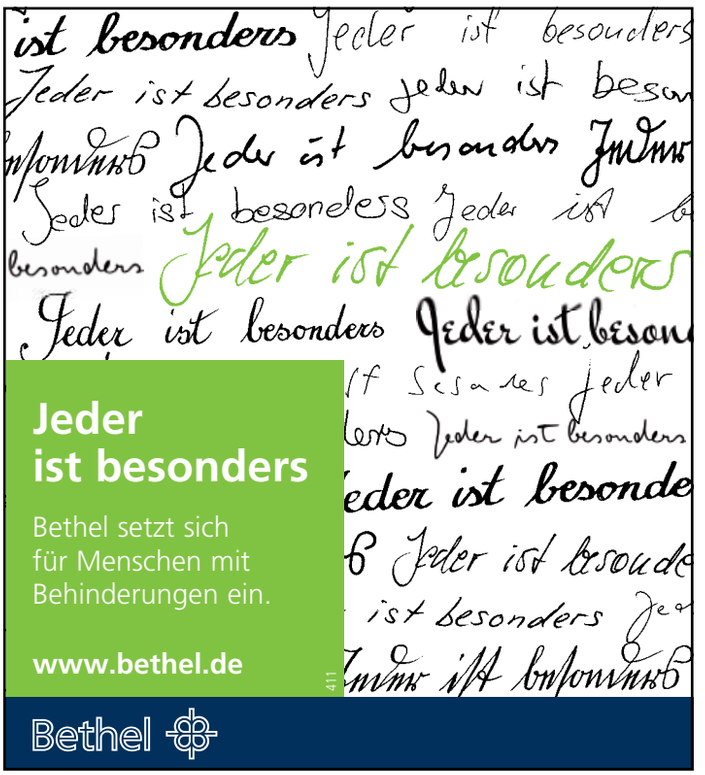
tur wie Angebote sich quantitativ enorm ausgeweitet hätten, sei der „Qualitätsausbau erst in den Anfängen“. Als Beispiel nannte sie die Ganztagsschulen, die „nicht im Ansatz das leisten, was sie sollen“. Ohnehin wurde auf dem Kongress viel Kritik am Schulsystem geübt, auch sehr radikale. Heinz Sülker, Professor für Sozialpädagogik i. R., sprach angesichts des mehrgliedrigen Schulwesens von einer nach Klassen sortierten „Bildungsapartheid“ sowie einer „permanenten Verletzung des Kindeswohlgebots“; Hoffnung auf Veränderung hatte er wenig: „Die Schule halte ich für relativ unrettbar.“

Team: größte Ressource

Weniger grundsätzlich, dennoch deutlich wandte sich Christa Preissing gegen die in den Schulbetrieb eingezogene „Outcome“-Orientierung. Erwägungen, etwas Ähnliches wie die PISA-Erhebung auch in Kindertagesstätten zu organisieren, erteilte die Direktorin des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung eine klare Absage: Hinter dem Gedanken, Kita-Qualität an einem definierten Output zu messen, stecke die „Vorstellung von einem genormten Kind“. Stattdessen gelte es, Kinder als „eigensinnige und eigenwillige“ Menschen zu betrachten, die „Konflikte austragen und aushalten“ können. Statt für externe Evaluationen der Kita-Arbeit sprach sie sich für interne Evaluationen aus, an denen sich Kinder, Eltern und Träger beteiligen. „Das Team ist die größte Ressource, die eine Einrichtung hat. Dort findet Qualitätsentwicklung statt.“ Den Verwaltungen komme die Aufgabe zu, dies wertzuschätzen, anzuerkennen und zu stärken: „mit Ressourcen und fachlicher Begleitung“. Senatorin Scheeres bestätigte den Berufsgruppen, sie müssten „perspektivisch mehr verdienen“: „Es kann nicht sein, dass die Herausforderungen steigen, aber nicht die Gehälter.“ Dafür gab es fast frenetischen Applaus: „Ich weiß, was wir Ihnen von politischer Seite abfordern.“ Jugendhilfeexperte Hocke appellierte zum Abschied an die GEW, sich weiterhin der Qualität der Bildung zu widmen und dabei immer die Lernenden im Blick zu behalten: „Kinder und Erzieherinnen, Schüler und Lehrkräfte, Studierende und Professoren – das gehört zusammen gedacht und -geführt.“ „Ziel“, so Hocke, „sollte die gemeinsame Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen sein.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Foto: Andreas Kraft, GEW Berlin



AHG Psychosomatische Klinik
Bad Pyrmont

Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Chefarzt:
Dr. med. Volker Malinowski

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden. Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- **Depressionen**
- **Ängste**
- **Burn-out-Symptomatik**
- **nicht-organische Schlafstörungen**
- **chronische Schmerzstörungen**
- **posttraumatische Belastungsstörungen**
- **alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)**
- **Zwangsstörungen**

**Als sog. „gemischte Krankenanstalt“ führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch.
Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.**

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit,
Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen
bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle
umfassend zu beraten.
Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen
Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen
Service-Telefonnummer 0800/619-6666
oder per E-Mail unter: **pfkpyrmont@ahg.de**
Sie finden uns im Internet unter: **www.ahg.de/Pyrmont**
Anschrift: Bombergallee 11, 31812 Bad Pyrmont

AHG MEDIAN

„Für viele eine Genugtuung“

// Auf Gerechtigkeit lange gewartet: Ein neues Gesetz sieht vor, die nach dem 1969 abgeschafften Paragrafen 175 verurteilten Homosexuellen zu rehabilitieren und zu entschädigen. „Die Männer bekommen jetzt schwarz auf weiß, dass ihnen Unrecht geschehen ist“, so Sigmar Fischer, Vorstandsmitglied der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e. V. (BISS) und Mitinitiator der Kampagne „Offene Rechnung“, im E&W-Gespräch. //

E&W: Viele der verurteilten Männer sind schon sehr alt. Was bedeutet dieses Gesetz für die Betroffenen?

Sigmar Fischer: Alle Urteile nach Paragraf 175 werden aufgehoben, sofern ihnen einvernehmliche homosexuelle Handlungen zugrunde lagen. Weil sie gegen die Würde der Menschen verstoßen haben. Die Männer bekommen jetzt schwarz auf weiß, dass ihnen Unrecht geschehen ist. Für viele ist es eine Genugtuung, ihre Rehabilitierung noch zu erleben. Einem Mann, Mitte 70, aus Köln zum Beispiel war es immer ein großes Anliegen, nicht als verurteilter Straftäter zu sterben. Dabei hatte das Gericht ihn „nur“ auf Bewährung verurteilt, doch es war ein Stachel in seinem Fleisch. Für ihn wäre das neue Gesetz ein großer Triumph gewesen. Im vergangenen Jahr ist er gestorben. Von den 50 000 Männern, die nach Paragraf 175 verurteilt wurden, leben schätzungsweise noch 5 000.

E&W: Unter Strafe standen einvernehmliche sexuelle Handlungen. Wie kam das überhaupt raus?

Fischer: Schwule Männer waren unter Paragraf 175 auf Reservate ausgegrenzt. Sie trafen sich in bestimmten Kneipen, mit Einlasskontrollen, aus Angst vor Spitzeln. Aber auch Parks und öffentliche Toiletten waren als Treffpunkte bekannt. Diese Zufluchtsstätten waren die einzige Möglichkeit, andere schwule Männer kennenzulernen. Dort führte die Polizei aber regelmäßig Razzien durch. Auch Zu Hause war niemand sicher. Wer oft Männerbesuch bekam, befürchtete, dass ihn missgünstige Nachbarn anzeigten. Damals herrschte ein anderes Klima. Ein Verdacht reichte schon aus.

E&W: Mit welchen Folgen?

Fischer: Auf homosexuelle Handlungen standen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren. Doch schon ein Ermittlungsverfahren hatte gravierende Konsequenzen – in der Familie, der Nachbarschaft, auf der Arbeit. Wenn herauskam, dass jemand schwul war, zerstörte das oft die berufliche und bürgerliche Existenz. Ein Verfahren zog in der Regel Entlassung nach sich, bis hin zum Berufsverbot, zum Beispiel im öffentlichen Dienst. Viele Homosexuelle kündigten vorher von sich aus, damit ihr Arbeitszeugnis „sauber“ blieb.

E&W: Wie viele Männer waren betroffen?

Fischer: Die Nazis hatten den Paragraf 175 verschärft, die Hürden für strafrechtliche Ermittlungen waren sehr niedrig. In der Bundesrepublik gab es bis 1969 etwa 100 000 Ermittlungsverfahren, bei der Hälfte kam es zu Verurteilungen. Das neue Gesetz sieht vor, dass jeder 3 000 Euro erhält, der im Knast saß. Plus 1 500 Euro für jedes Haftjahr. Doch auch nicht inhaftierte Männer hatten Nachteile, beispielsweise, wenn sie durch die Ermittlungen ihren Arbeitsplatz verloren. Deshalb fordern wir einen Härtefallfonds, um auch diese Opfer zu entschädigen. Da gibt es noch eine offene Rechnung.

E&W: Wie sehr hat der Paragraf 175 den Alltag der älteren Generation schwuler Männer beeinträchtigt?

Fischer: Viele Männer lebten versteckt, wollten nicht auffallen. Sie waren in ständiger Sorge, dass ihre Homosexualität bekannt würde. Sie waren sich bewusst, dass man sie sonst sozial ächtete. Andere flüchteten in Scheinehen, waren unglücklich, oder nahmen sich das Leben. Ihre Persönlichkeit frei zu entfalten war ihnen nicht möglich. Deshalb fordern wir auch eine Kollektiventschädigung. Damit wollen wir Projekte fördern, die die Lebenssituation homosexueller Senioren verbessern.

Foto: Gierse MZ

Sigmar Fischer, Vorstandsmitglied der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e. V. (BISS)

BISS
Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V.

E&W: Wie erleben die Betroffenen die derzeitige Debatte über das Unrecht, das Staat und Gesellschaft schwulen Männer zufügten?

Fischer: Für viele ist es eine Genugtuung, dass ihnen noch Gerechtigkeit widerfährt. Doch einige Ältere sind so traumatisiert, dass sie nichts mehr davon hören wollen. Deshalb wissen wir auch nicht, wie viele der 5 000 Opfer sich melden werden. Sie müssten bei der Staatsanwaltschaft glaubhaft versichern, dass sie nach Paragraf 175 verurteilt wurden. Dazu reicht im Prinzip eine eidesstattliche Erklärung, wenn die Akten fehlen. Deshalb fordern wir vom Bund auch Geld, um für Betroffene eine Informationsstelle einzurichten.

Interview: Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Weitere Infos und Kontakt zu „BISS“ über:
http://schwuleundalter.de

Gegner des Nationalsozialismus

// Max Traeger war der erste Vorsitzende der GEW und ist der Namensgeber der GEW-Stiftung, die Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen zu Themen der Bildung fördert. Bisher gab es keine wissenschaftlich fundierte Biografie Traegers. Diese Lücke schließt jetzt die Publikation des ehemaligen Hamburger GEW-Vorsitzenden Hans-Peter de Lorent*. //

Max Traeger war für das Hamburger Schulwesen, aber auch für die Lehrerbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, eine prägende Persönlichkeit. In einfachen Verhältnissen aufgewachsen, wechselte er nach der Realschule auf das Lehrerseminar und legte 1908 das erste Lehrerexamen ab. In jungen Jahren schon politisch aktiv, wurde er 1920 mit 32 Jahren zum „Proponenten" (Vorsitzenden) der 1805 gegründeten „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" (GdF) gewählt. 1932 waren 92 Prozent der Volksschullehrkräfte der Hansestadt in der „Gesellschaft der Freunde" organisiert, so die Kurzform der Vereinigung. Als Schulleiter engagierte sich Traeger in den Gremien der Selbstverwaltung, im Lehrerrat, später in der Lehrerkammer und im Beamtenrat. 1927 wurde er Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in der Hamburgischen Bürgerschaft. Die DDP war eine linksliberale Partei, die in Hamburg mit der SPD über lange Jahre eine Koalition bildete und den Ersten Bürgermeister stellte. In den parlamentarischen Debatten trat er entschieden gegen Nationalsozialisten und Deutschnationale auf, äußerte dort wie auch auf Versammlungen der GdF deutlich seine Abneigung gegenüber dem braunen Gedankengut und den nationalsozialistischen Bestrebungen**. Nicht ohne Folgen. Die NS-Schulverwaltung warf ihn 1933 – nachdem Hitler an die Macht gelangt war – aus seinem Amt als Schulleiter, ebenso aus allen ehrenamtlichen Funktionen.

Foto: Staatsarchiv Hamburg

Max Traeger, erster GEW-Vorsitzender 1947-1952

Traeger traf sich während der zwölf Jahre der NS-Herrschaft mit anderen Gewerkschaftern – Nazigegner wie er – regelmäßig in einem „Untergrundvorstand". In diesen geheimen Treffen bereitete er sich mit jenen, die wie er nie Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) waren, auf das Ende der Nazi-Diktatur vor: Man wollte ein demokratisches Schulwesen aufbauen und eine gemeinsame Organisation aller Pädagoginnen und Pädagogen gründen***.

Nach Kriegsende fand Traeger, der politisch unbelastet war, die Akzeptanz der britischen Militärregierung beim Aufbau einer neuen Lehrergewerkschaft. Die Briten favorisierten eine einheitliche Lehrerorganisation und wollten keine Aufsplitterung der Lehrerverbände nach Schulformen. Nach 1945 übernahm Traeger erneut den Vorsitz der neugegründeten Lehrervereinigung. Er war wesentlich daran beteiligt, diese mit anderen Gewerkschaften zusammenzubringen und in den DGB zu führen.

Betrachtet man Traegers Biografie, erstaunt es sehr, dass ihn Benjamin Ortmeyer und Saskia Müller in ihrem Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945"**** in die Nähe der Nationalsozialisten rücken. Nach Darstellung der Autoren habe er „mit Tricks" und in „Kollaboration" mit ehemaligen NS-Funktionären in der Nachkriegszeit eine Immobilie auf dem Nachbargrundstück des Curio-Hauses der GEW Hamburg, in der Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19), dem Landesverband „einverleibt". Ein Makler hatte 1935 im Auftrag einer zum Teil im Ausland lebenden jüdischen Erbengemein-

schaft dieses Haus der GdF zum Kauf angeboten. Sie erwarb es nach anfänglichem Desinteresse. Die „Gesellschaft der Freunde“ war zu diesem Zeitpunkt bereits dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB, 1929 gegründet) eingegliedert.

Über den Ankauf der Immobilie Ro 19 führte der Landesverband Hamburg in den 2000er-Jahren eine mehrjährige Debatte. Kritiker stuften den ganzen Vorgang als eine „verbrecherische Arisierung“ ein. Es gibt zumindest einen Anhaltspunkt, der diesen Vorwurf entkräftet: Im Jahr 1948 betrieben die jüdischen Erben erfolgreich diverse Restitutionsverfahren, stellten jedoch keinen Antrag auf Rückgabe der Immobilie Ro 19. Das könnte ein wichtiger Hinweis sein, dass die Vorbesitzer selbst der Meinung waren, dass dieser Verkauf die Trennung von einer unrentablen Immobilie war*****. Die GEW Hamburg entschloss sich im Januar 2013, das Gebäude Ro 19 weit unter Marktwert an das jüdische Bildungszentrum Chabad e. V. zu verkaufen und 400 000 Euro an die Jüdische Gemeinde der Hansestadt zu spenden. Das verschweigen Ortmeyer und Müller in ihrem Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Buch.

Fragwürdig auch eine andere Behauptung der beiden Erziehungswissenschaftler: Die GdF hätte sich mit ihrem gesamten Vermögen „freiwillig“ dem NSLB „übergeben“.

Die Lage ab 1933

Die demokratischen Parteien wurden 1933 verboten, die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) sowie politisch Verdächtige verhaftet. Der Terror der SA auf der Straße nahm zu.

Anfang April gab es die ersten großen Versetzungsaktionen: 202 Lehrerinnen und Lehrer an Hamburger Schulen waren betroffen. Am 2. Mai fand der Sturm der Nazis auf die Gewerkschaftshäuser statt. Zum Sommer setzten sie 315 neue Schulleitungen ein, 55 Prozent der Schulleiter tauschten sie aus, darunter Max Traeger. H.-P. d.L.

Ein Rückblick: Am 27. April 1933 fand im Curio-Haus eine Hauptversammlung der GdF statt, auf der die „Gleichschaltung“ mit dem NSLB ohne Aussprache beschlossen wurde. Während der Versammlung standen an der Tür des Curio-Hauses SA-Männer. Kann man unter diesen Umständen davon sprechen, dass Entscheidungen „freiwillig“ getroffen worden sind? Unter welchem Druck gehandelt wurde, zeigt auch Folgendes: Während der Hauptversammlung hatte der Lehrer und Kommunist Rudolf Klug, der für die KPD zum Reichstag kandidiert hatte, vor der Abstimmung über die „Gleichschaltung“ eine Aussprache beantragt. Nur sieben Teilnehmer stimmten für Klugs Antrag, der damit abgelehnt war. Mit zwei dieser sieben Kollegen habe ich Anfang der 1980er-Jahre gesprochen und erfahren, dass alle nach der Tagung von der Gestapo verhört worden waren. Klug, der auch einer antifaschistischen Widerstandsgruppe angehörte, ermordeten die Nazis später.

Dem neuen gemeinsamen Vorstand, der aus zwölf Mitgliedern des NSLB und neun der alten GdF bestand, gehörte Traeger nicht an.

NSLB-Obmann Hinrich von der Lieth hatte noch vor der Versammlung am 27. April schriftlich zugesichert, dass „die Vermögenswerte der ‚Gesellschaft‘, einschließlich ihrer Kassen und des Curio-Hauses, dem gegenwärtigen Mitgliederbestand der ‚Gesellschaft‘ verbleiben werden“. Diese Zusage sollte dann später wieder einkassiert werden: Am 28. August 1933 sollte eine Hauptversammlung über die Auflösung der „Gesellschaft der Freunde“ entscheiden und deren Einrichtungen und Vermögenswerte dem NSLB übertragen. Diese Versammlung kam nicht zustande. Es wurde verhandelt. Die alte GdF hatte dafür drei Experten, die mit der Verwaltung des Curio-Hauses und den Kassen vertraut waren, benannt. Einer war Max Traeger. Sie erreichten nach zähen Verhandlungen, dass die „Gesellschaft der Freunde“ weiterhin als rechtsfähiger Verein im NSLB festgeschrieben war, als „Abteilung Wirtschaft und Recht“ und auch die Verfügung über die Kassen und die Verwaltung des Curio-Hauses behielt.

Nach einem Erlass des Reichsinnenministeriums 1937 existierte als Lehrerorganisation nur noch der NSLB, dem seit der Gleichschaltung auch Traeger angehörte. Ein Antrag zum Austritt aus dem NSLB hätte für jede Lehrkraft die Entlassung aus dem Schuldienst bedeutet.

Wie Ortmeyer und Müller feststellten, waren 97 Prozent der Lehrerschaft im NSLB organisiert. Die NSLB-Mitgliedschaft ist – auch nach wissenschaftlichen Standards – kein Beleg für nationalsozialistische Gesinnung. Dies von Max Traeger zu behaupten ist absurd, entgegen allen Fakten und ehrabschneidend.

Beamtentum ab 1933

Am 7. April 1933 ist das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums inkraft getreten. Danach waren nach Paragraf 3 „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, in den Ruhestand zu versetzen“. Paragraf 4 lautete: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Infolgedessen wurden in Hamburg 637 Lehrkräfte aus dem Schuldienst „entfernt“ sowie 555 Pädagoginnen und Pädagogen auf Grundlage von Paragraf 6 vorzeitig pensioniert, 171 Kolleginnen als sogenannte Doppelverdiener entlassen. H.-P.d.L.

Hans-Peter de Lorent,
Vorsitzender der GEW Hamburg
von 1990 bis 1996

***Hans-Peter de Lorent: Max Traeger, Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887-1960), erscheint Mitte Juni bei Beltz Juventa. Der Band liegt der E&W-Redaktion in der gesetzten Fassung vor.**

****Quellen und Anmerkungen dazu s. de Lorent**

*****s. de Lorent**

******Saskia Müller, Benjamin Ortmeyer: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945, Beltz Juventa 2016**

*******s. Aktenhinweis in de Lorent**

Neoliberale Plattitüde

// **Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommensteuerpolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen u. a. die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der Mai-Ausgabe setzt die Redaktion die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ fort.** //

Mythos

„Hohe Steuern schaden der Wirtschaft und kosten Arbeitsplätze.“

Der Steuervirus schien verbannt aus Deutschland, doch nun ist er zurück. Es sei „möglich und notwendig“, die Steuern zu senken, sagt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Die nächste Bundesregierung müsse „sowohl an die Lohn- und Einkommensteuer als auch an die Unternehmensteuern ran“. US-Präsident Donald Trump und die britische Regierungschefin Theresa May mit ihren aggressiven Steuersenkungsplänen lassen grüßen. Als zäh und widerstandsfähig erweist sich der Irrglaube, hohe Steuern schadeten der Wirtschaft, bremsten die Leistungsbereitschaft und kosteten Wachstum und Arbeitsplätze. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung spricht vom „wohl berühmtesten Steuermythos“, der für ihn nicht mehr ist als „eine neoliberale Plattitüde“.

Dies zeigen die desaströsen Erfahrungen mit Experimenten in der Praxis. Grandios scheiterte Ex-US-Präsident Ronald Reagan, als er von 1981 an die Steuertarife drastisch reduzierte. Zwar kurbelte er kurzfristig die Konjunktur an. Doch der Effekt verpuffte rasch. Dafür blieben die Einbußen für die öffentlichen Kassen. Zwei Jahrzehnte später ließ sich die rot-grüne Bundesregierung davon nicht abschrecken. Mit mehreren Steuersenkungen führte sie Deutschland in die Haushaltskrise, nicht aber aus der Stagnation mit Massenarbeitslosigkeit.

Fakt

„Guter Marktzugang, qualifizierte Arbeitskräfte und ausgebaute Infrastruktur sind für Investoren viel wichtiger als niedrige Steuern.“

Seit langem entwickeln sich Industrieländer etwa in Skandinavien mit hohen Steuerbelastungen prächtig, während süd- und osteuropäische sowie Schwellenländer mit Dumping-Tarifen vergeblich auf den Schub warten. Viel wichtiger als niedrige Steuern sind für Investoren laut zahlloser Untersuchungen ein guter Marktzugang, qualifizierte Arbeitskräfte und andere Faktoren wie eine gut ausgebaute Infrastruktur. Aus seinen Berechnungen folgert Sebastian Gechert vom Forschungsinstitut IMK, dass Steuersenkungen einen nur „limitierten kurz- bis mittelfristigen Effekt“ auf das Bruttoinlandsprodukt hätten.

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

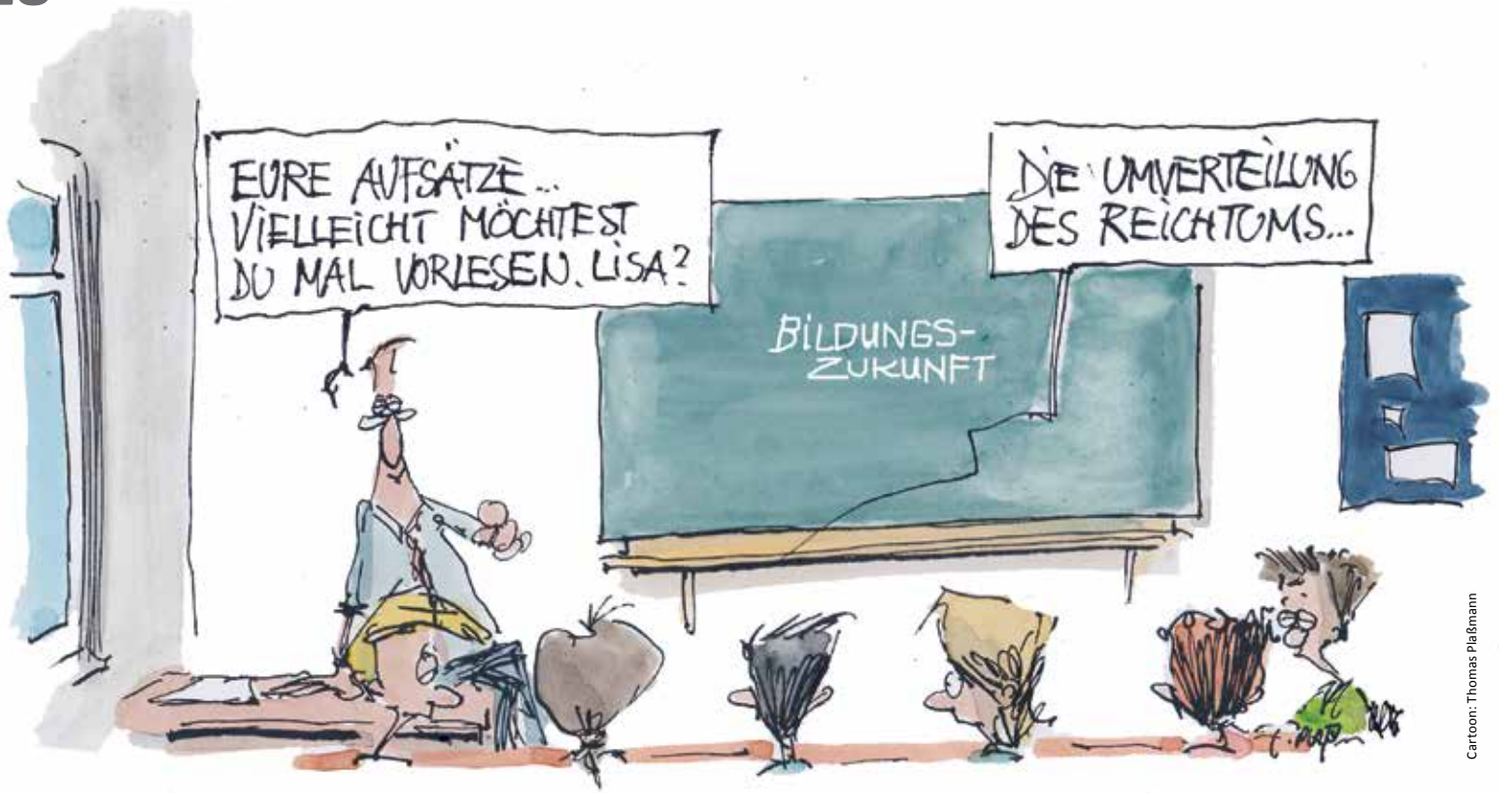
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

125 JAHRE NÜRNBERGER
Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke



Cartoon: Thomas Plaßmann

Ausgleich zwischen Arm und Reich

// Mit ihrer Studie zur Bildungsfinanzierung will sich die GEW in der öffentlichen Diskussion für mehr Geld für die Bildung stark machen. Der Wirtschaftsjournalist Markus Sievers stellt die Kernthesen der Untersuchung des Politologen Tobias Kaphegyi vor. In dieser Ausgabe veröffentlicht die Redaktion den dritten Beitrag des Autors. //

Deutschland ist ein reiches Land. Geld gibt es genug. Dies betonte gerade wieder das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“*, an dem sich die GEW zusammen mit rund 30 anderen Organisationen beteiligt. Eine Forderung, die auch Ausgangsbasis der Argumentation des Politologen Tobias Kaphegyi in seiner Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.“** ist. Darin weist er nach: Es gibt Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik, die sich in der Praxis umsetzen lassen. Angesichts des gewaltigen Wohlstands hierzulande sei das eigentlich selbstverständlich, schreibt Kapheghyi, werde aber immer wieder infrage gestellt. So habe Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) trotz gewaltiger Überschüsse in seinem Haushalt erst kürzlich davor gewarnt, höhere Ausgaben könnten den Bund überfordern.

In seiner Untersuchung legt Kaphegyi dar, dass der Staat seine Einnahmen deutlich steigern könnte. Mehr Geld etwa für Bildung, den sozialen Zusammenhalt und eine bessere Infrastruktur auszugeben, hänge allein vom politischen Willen der Regierenden ab. „Ein sozial-ökologischer Wandel muss über einen handlungsfähigen Staat eingeleitet werden und ist finanzierbar“, schreibt der Politologe. Grundlage seiner Argumentation ist das Steuerkonzept der GEW***, das der Berliner Wirtschaftsprofessor Achim Truger entwickelt und im März 2017 überarbeitet hat. Nach den aktualisierten Berechnungen könnte eine künftige Bundesregierung das Steueraufkommen um fast 100 Milliarden Euro anheben: Durchschnittsverdienste würden dabei entlastet, hohe Einkommen und Vermögen hingegen stärker herangezogen, um gesellschaftliche Aufgaben mitzufinanzieren. Das GEW-Konzept enthält einen doppelten Ansatz für mehr Gerechtigkeit: Schon bei der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben solle der Staat auf einen stärkeren Ausgleich zwischen Arm und Reich achten. Diese Umverteilung könne er zusätzlich mit seiner Ausgabenpolitik weiter fördern, da er in der Lage ist, auf größere finanzielle Ressourcen für Investitionen in Bildung und andere Aufgaben zurückzugreifen.

Steuerkorrektur

Truger setzt in dem Konzept zunächst auf Korrekturen der Lohn- und Einkommensteuer. Der Grundfreibetrag soll steigen, damit Haushalte mit sehr niedrigen Einkommen entlastet werden. Der Wirtschaftswissenschaftler schlägt in diesem Zusammenhang vor, Topverdiener nicht mehr zu privilegieren – Rot-Grün hatte 1999 den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 42 gesenkt. Er empfiehlt, die Reichensteuer – den Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz – bereits bei einem knapp halb so hohen Einkommen wie bisher greifen zu lassen. Zwischen

den 14 Prozent für Einkommen ab 9 000 Euro und den 53 Prozent für Einkünfte ab 68 000 Euro sollen die Tarife linear-progressiv steigen. Das heißt, die Steuerlast wächst überproportional mit zunehmendem Einkommen. Solche Tarifkorrekturen führen dennoch unterm Strich zu Einnahmeausfällen des Staates von zwölf Milliarden Euro. Zum Ausgleich sollen deshalb – regt Truger an – Minijobs nicht mehr steuerlich begünstigt, das Ehegattensplitting eingestellt sowie Unternehmensgewinne realistischer ermittelt werden. Darüber hinaus sollen Einkünfte aus großen Vermögen „realistisch“ besteuert und die bisherige Abgeltungssteuer (Steuer auf Kapitalerträge, z. B. Zinsen oder Dividenden – Anm. d. Red.), die mit einem Pauschalsatz von 25 Prozent Reiche sehr begünstigt, abgeschafft werden. Mit zum Konzept gehört, den Körperschaftsteuersatz für Kapitalgesellschaften von 15 Prozent auf 25 Prozent anzuheben, womit in der Spitze die Gewinne mit 45 Prozent belastet würden. Zusätzlich rät der Ökonom, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer auszubauen, um so beispielsweise auch Einkünfte Selbstständiger zu erfassen. Vorgesehen ist ebenfalls, die Vermögensteuer wiedereinzuführen – sie wird seit 1997 nicht mehr erhoben – und die Erbschaftsteuer zu stärken. Deutschland zählt im Vergleich mit anderen reichen Industrieländern zu den Staaten, die Vermögen am geringsten belasten, worauf die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oft genug hingewiesen hat.

Trugers Modell versucht, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren, indem es eine Steuer auf Vermögen ab einer Million Euro einplant. Abgerundet wird das GEW-Modell durch einen effektiveren Steuervollzug und mit einer zusätzlichen Steuer auf Finanzgeschäfte.

Die seit langem angekündigte Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzgeschäfte mit einem minimalen Tarif belasten und somit reine Spekulationsgeschäfte unattraktiv machen soll, ist nach Ansicht Kaphegyis am besten auf europäischer Ebene zu lösen. Hier verhindere Schäuble jedoch einen Durchbruch. Deutschland könnte aber, ist der Politologe überzeugt, im Alleingang eine leicht abgewandelte Abgabe, die „Finanzproduktsteuer“, einführen. Die Standardbehauptung, mehr Ausgaben für Bildung und mehr soziale Gerechtigkeit seien zwar wünschenswert, doch nicht zu bezahlen, werde durch die Berechnungen Trugers widerlegt, resümiert Kaphegyhi. Der Ökonom weise in anderen Publikationen sogar noch auf weitere Finanzierungsquellen hin. So könnte Deutschland beispielsweise eine einmalige Vermögens- sowie eine Lastenausgleichsabgabe als Einstieg in eine Vermögensbesteuerung erheben. Zudem: Zielgerichtete staatliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur erhöhten das Bruttoinlandsprodukt (BIP), sodass sich diese Ausgaben letztlich etwa zur Hälfte refinanzierten. Und: Die deutsche Politik habe sich aus ökonomischer Sicht viel zu strenge Schuldengrenzen gesetzt. Noch nicht einmal diesen Spielraum schöpfe der Bund mit seiner Fixierung auf die „Schwarze Null“ aus. Aus alldem folgert der Politologe: „Ein Umbau Deutschlands von einem ‚neoliberalen Magerstaat‘ zu einem prosperierenden und handlungsfähigen Wohlfahrtsstaat ist möglich und finanzierbar.“

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

***www.reichtum-umverteilen.de**
****Sie finden die Broschüre „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.“ als PDF unter: www.gew.de/bildungsfinanzierung**
*****Das GEW-Steuerkonzept „Richtig gerechnet!“ finden Sie als PDF unter: www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew.steuerkonzept**

Privatklinik Eberl
BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out
Orthopädie
Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 – 32 °C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen

PRIVATKLINIK EBERL

Privatklinik Eberl
Buchener Straße 17
D – 83646 Bad Tölz

Telefon: 08041.78 72-0
Fax: 08041.78 72-78
info@privatklinik-eberl.de
www.privatklinik-eberl.de

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Das Baltikum genießen

8-tägige Flugreise ab/bis Berlin, Frankfurt, Hamburg, München, Düsseldorf, Bremen, Hannover, Stuttgart

Baltische Hauptstädte und die Kurische Nehrung
- Durchführungsgarantie schon ab 2 Teilnehmern -

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Ungleiches ungleich behandeln“

// Am 27. März ist in Schleswig-Holstein der Startschuss zur bundesweiten Tour „GEW in Bildung unterwegs“ gefallen: Vorsitzende Marlis Tepe reist in den nächsten Monaten durch alle Bundesländer, um sich ein Bild vom Status quo der Bildungseinrichtungen zu machen. Zum Auftakt haben die GEW-Chefin und die Vorsitzende der GEW Schleswig-Holstein, Astrid Henke, in Lübeck zwei Schulen und eine Kita besucht. Sie stellten fest: „Ressourcen fehlen überall, aber die Bedürfnisse sind unterschiedlich.“ //

Los ging es an der Mühlenweg-Schule, einer Grundschule im Lübecker Stadtteil Moisling. Es folgte die Gotthard-Kühl-Schule, eine in zwei Standorte gesplittete Grund- und Gemeinschaftsschule im Stadtteil St. Lorenz Nord – beide Einrichtungen liegen in sozialen Brennpunkten. Die pädagogischen Herausforderungen dort sind erheblich, wie in Gesprächen von Tepe und Henke mit Schulleitungen und Personalräten schnell klar geworden ist: Die Ressourcen für notwendige personelle wie materielle Ausstattung reichten vorne und hinten nicht aus, führten die Kolleginnen und Kollegen dem Besuch vor Augen. Zum anderen bestätigte sich die GEW-Einschätzung, dass das „Gießkannenprinzip“ bei der Mittelverteilung zwar vielleicht gut gemeint sei, aber viel zu kurz greife und deshalb nur scheinbar Gerechtigkeit widerspiegele. Wo sozial prekäre Bedingungen vorherrschen, bedürfe es wesentlich größerer Anstrengungen, betonte Tepe. Sie fordert, dass Politik gerade dort mehr Geld in die Hand nehmen müsse, um Bildungserfolge zu erzielen. Mit anderen Worten: „Wo ungleiche Verhältnisse anzutreffen sind, muss auch ungleich gehandelt und reagiert werden.“ Bei der Lehrkräfte-Zuweisung im nördlichsten Bundesland bleibe diese Maxime allerdings bis dato Wunschdenken, unterstrich Henke. Sie bekräftigte in diesem Zusammenhang die Position der Bildungsgewerkschaft: „Die besten Lehrkräfte müssen dort eingesetzt werden, wo die schwierigsten Bedingungen herrschen.“

Fehlende Wertschätzung pädagogischer Fachkräfte, finanzielle Benachteiligung von Grundschullehrerinnen gegenüber Lehrkräften an anderen Schularten*, ständige personelle Engpässe in den Kitas, Arbeitsverdichtung überall: Schulleiterin Jeanette Burat bewältigt die vielen Probleme an der Mühlenweg-Schule mit langjähriger Berufserfahrung, ihrem schier unerschöpflichen Engagement und Improvisationstalent. Sie fasst den stetigen Gewissenskonflikt mit dem eigenen Berufsethos so zusammen: „Wenn wir ehrlich sind, können wir unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr allen Kindern gerecht werden und unseren eigenen Ansprüchen nur mit Abstrichen.“ Trotzdem möchte Burat an keiner anderen Schule arbeiten.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe (rechts) auf Tour: Zum Auftakt ihrer Reise „GEW in Bildung unterwegs“ quer durch alle Bundesländer besuchte sie gemeinsam mit der Vorsitzenden der GEW Schleswig-Holstein, Astrid Henke, eine Grundschule im Lübecker Stadtteil Moisling. Im Gespräch mit Schulleitung und Personalräten wurde schnell klar: „Die besten Lehrkräfte müssen dort eingesetzt werden, wo die schwierigsten Bedingungen herrschen.“

Foto: Dieter Hanisch

Mängel über Mängel

Mit Mangelverwaltung hat auch der Schulleiter der Gotthard-Kühl-Schule, Matthias Isecke-Vogelsang, reichlich Erfahrung; etwa, wenn es um den Sanierungsstau bei den Schulgebäuden oder den Einsatz digitaler Medien in den Klassen geht. Die Lehrkräfte an seiner Schule könnten sich Woche für Woche für einen Wettbewerb „Deutschland sucht die Superlehrerin oder den Superlehrer“ bewerben, so sehr seien ihre pädagogischen Res-

Bundesweite GEW-Initiative

Die Tour „GEW in Bildung unterwegs“ ist Teil der bundesweiten Initiative „Bildung. Weiter denken!“, mit der sich die Gewerkschaft in der Öffentlichkeit für mehr Geld für die Bildung stark macht – unterstützt durch ein breites Bündnis gesellschaftlicher Organisationen. Flankiert werden die GEW-Aktivitäten – kurz vor der Bundestagswahl – von einem Appell Prominenter aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, die von Bund und Ländern ein stärkeres Engagement im Bildungsbereich einfordern (s. Oversize-Beihefter „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“ in dieser E&W). D.H.

sourcen und Kenntnisse gefordert. Die Herausforderungen sind laut Isecke-Vogelsang gewaltig: Die Hälfte der Schülerschaft habe einen Migrationshintergrund. Ebenfalls rund 50 Prozent kämen aus Elternhäusern, die Sozialleistungen beziehen. Ein Lehrer, der namentlich nicht genannt werden will, erzählte, dass er im Zuge der Einführung der Inklusion seinen Unterricht – zumindest theoretisch – manchmal „zehnfach differenzieren“ müsse.

Daher begrüßt Isecke-Vogelsang, dass die GEW z. B. mit Blick auf diese Belastungen die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ angestoßen hat (s. Kasten). Die Forderung nach besseren Startchancen und damit einem gerechteren Zugang zu guter Bildung ist für ihn nicht nur berechtigt, sondern überfällig. Allein die Bedingungen, die an seiner Schule, aber generell in Lübeck und darüber hinaus vorzufinden sind, zeigen, dass die Realität eine andere ist.

Lücken schließen

Auch Barbara Fallenbacher-Maack muss ständig erfinderisch sein, wenn sie personelle Lücken zu schließen und die damit zusammenhängende Arbeitsverdichtung zu bewältigen hat. Die Wartelisten für ihre Kindertagesstätte der Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) sind lang – die Einrichtung ist im mittelständisch geprägten Stadtteil Marli äußerst beliebt –, die Arbeitsbelastungen der Kita-Fachkräfte hoch. Bei Personalausfällen wird es eng. Fallenbacher-Maack sieht sich dann gezwungen, mit Springern zu improvisieren. Für die Leiterin gilt: Jede personelle Entlastung schafft zusätzliche Kapazität, sich der eigentlichen Aufgabe, nämlich der Arbeit mit den Kindern, zu widmen. Ansonsten würden Verwaltungstätigkeiten, Dokumentationspflicht und hauswirtschaftliche Aufgaben zu viel Zeit „fressen“.

Fallenbacher-Maack unterstützt deshalb die GEW-Forderung nach bundesweiten Mindeststandards für mehr Qualität in den Kitas bedingungslos (s. „Kita-Qualitätsgesetz“ in E&W 11/2016) – nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel, sondern ebenso in Hinsicht auf die pädagogischen Ansprüche. Beim Besuch der DRK-Kita sahen sich Tepe und Henke bestätigt: Erzieherinnen und Erzieher brauchen größere Wertschätzung. Sie verdienen es, dass deutlich mehr Geld in die frühkindliche Bildung fließt. Bildung, so Tepe und Henke, habe eben „viele Baustellen“.

Dieter Hanisch,
freier Journalist

***Siehe zum Thema „ungleiche Bezahlung der Lehrkräfte“ den Hintergrund „JA 13“ in E&W 11/2016**

MEDIAN

Wenn Engagement krank macht …

- Depressionen
- Essstörungen
- Abhängigkeiten
- Lebenskrisen
- Burn-Out
- Stresserkrankungen
- Angsterkrankungen
- Bipolare Störungen

Unser Konzept:
Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie
Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim
Fachklinik für Psychiatrie, Psychosomatik und klinische Psychotherapie
Im Oberen Grain 1 · 67146 Deidesheim · Telefon +49 (0)6326 7008-0
kontakt.berggarten@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

EUROPA ENDLICH VERSTÄNDLICH - IN 30 MINUTEN UND 24 SPRACHEN

Erlebnis Europa
Europa Experience

Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin
The exhibition in the European House Berlin

Kostenlose Multimedia-Ausstellung über die EU
- 360° Kino
- Rollenspiele für Schulklassen und Gruppen
- Lehrmaterialien zum Mitnehmen und Bestellen

www.erlebnis-europa.eu

Zugang zu Bildung verweigert

// In den meisten Bundesländern sind geflüchtete Kinder, die noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen leben, erst einmal von der Schulpflicht ausgeschlossen. Besonders problematisch ist die Situation für viele Kinder aus sog. „sicheren Herkunftsländern“: Ihr Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen kann ausgedehnt werden, in bestimmten Fällen dauerhaft sein. Die Folge: Sie werden um ihr Recht auf Bildung gebracht. //

Der Schutzmann reckt Milena* seinen Kopf entgegen. „Ich heiße Hans. Und wie heißt du?“, fragt er mit hoher Stimme. „Ich heiße Milena“, antwortet sie und formt konzentriert die Laute in der fremden Sprache. „Ich bin acht Jahre alt. Ich komme aus Albanien.“ Mohamed Manai macht mit der Handpuppe Freudensprünge. Jeden Donnerstagvormittag erteilt der pensionierte Lehrer den Kindern in der Erstaufnahmeeinrichtung Braunschweig Deutschunterricht. Hier leben Anfang April 587 Menschen, darunter 109 Kinder im Schulalter. Acht Mädchen zwischen sieben und elf Jahren sitzen erwartungsvoll an ihren Schultischen. Mit einigen älteren Schülerinnen, wie der elfjährigen Frederica, wiederholt Manai Satzbau und Verbformen.

Kein passendes Angebot

Auch wenn der Deutschunterricht in der Erstaufnahme nach Angaben der Landesaufnahmebehörde zeitnah zu einer „Interkulturellen Lernwerkstatt“ ausgebaut werden soll, ist er kein passendes Angebot für fortgeschrittene Schülerinnen wie Frederica. „Wir möchten mehr lernen und in eine richtige Schule gehen“, sagt sie. Wie einige ihrer Kameradinnen hat sie während eines früheren Aufenthalts in Deutschland mehrere Jahre die Grundschule besucht, bevor sie mit Eltern und Geschwistern nach Montenegro zurückkehren musste. Vor wenigen Monaten sind sie ein zweites Mal eingereist. Während die Familie darauf wartet, wie über ihren Asyl-Folgeantrag entschieden wird, wohnt sie in der Erstaufnahmeeinrichtung und Frederica besucht den hausinternen Deutschunterricht. Ein freiwilliges Angebot, denn hier gilt keine Schulpflicht. So steht es im niedersächsischen Schulgesetz.

Nach der UN-Kinderrechtskonvention, die die Bundesregierung 1992 ratifiziert hatte, hat jedes Kind ein Recht auf Bildung. Doch die Realität sieht anders aus: Der Zugang zu Schulbildung wird hierzulande von Landesschulgesetzen und -verfassungen definiert. Daher ist der Zeitpunkt, ab wann die Schulpflicht für Asylsuchende gilt, höchst unterschiedlich geregelt. Die Juristin Barbara Weiser unterscheidet drei Kategorien: In sechs Bundesländern (Berlin, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen und dem Saarland) kann von einer Schulpflicht ab dem ersten Tag des Aufenthalts ausgegangen werden. In Bayern und Thüringen greift die Schulpflicht nach drei Monaten, in Baden-Württemberg sechs Monate nach dem Zuzug. In Niedersachsen,

Deutschunterricht in der Erstaufnahmeeinrichtung in Braunschweig: Der pensionierte Lehrer Mohamed Manai unterrichtet einmal in der Woche geflüchtete Kinder.

Foto: Babette Brandenburg

Sozialwahl 2017 Mitbestimmen! DGB wählen!

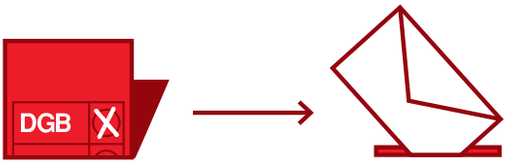
Deshalb DGB wählen:

Für eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung
Für eine gute und sichere Rente
Für umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Sozialwahl bildet das Kernstück der Demokratie in der Sozialversicherung. Alle sechs Jahre entscheiden die Versicherten wer Ihre Interessen in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung vertritt.

Wählen Sie bequem per Post. Alle Versicherten ab 16 Jahren bekommen einen Wahlbrief zugeschickt, wenn bei ihrer Sozialversicherung mehrere konkurrierende Listen antreten.

Jetzt heißt es: Wählen und mitbestimmen!



Großes bewegen.

Sozialwahl 2017 **DGB**

dgb.de/sozialwahl

Nordrhein-Westfahlen, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beginnt sie erst, wenn die Familien die Landeserstaufnahmeeinrichtungen verlassen und auf die Gemeinden verteilt worden sind.

So lange sich Familien nur kurz in Erstaufnahmeeinrichtungen aufhalten mussten, waren die Fristenregelungen weniger problematisch. Doch seit einer Gesetzesänderung der Bundesregierung im Oktober 2015 („Asylpaket 1“), nach der man Schutzsuchende dort bis zu sechs Monate unterbringen kann, können Kinder in Ländern mit Fristenregelungen bis zu einem halben Jahr nicht oder nur unzureichend beschult werden. „Das Erstaufnahmesystem ist auf eine systematische Verletzung des Rechts auf Bildung für Flüchtlingskinder ausgerichtet“, kritisiert Tobias Klaus vom „Bundesfachverband minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ (BumF). Für ihn ist das Vorgehen „eine Diskriminierung und ein Verstoß gegen internationale, europäische und verfassungsrechtliche Vorgaben“.

„Kindeswohl missachtet“

Der Bildungsexperte Lothar Krappmann spricht in diesem Kontext von einer „Missachtung des Kindeswohls“: „Geflüchtete Kinder müssen so schnell wie möglich in die Schule. Dort erhalten sie ein Stück Normalität zurück“, so Krappmann. Der Schulbesuch gebe ihnen die Möglichkeit, „sich psychisch und sozial zu stabilisieren“.

Foto: Babette Brandenburg

Auf dem Gelände der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen befindet sich die Erstaufnahmeeinrichtung Braunschweig. 109 Kinder im schulpflichtigen Alter lebten im April dort.

Gesetzentwurf: „Lagerpflicht“ für Kinder

Voraussichtlich im Mai (nach Redaktionsschluss – Anm. der Red.) verabschiedet die Große Koalition ein Gesetz „zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“. Damit wird der Bund den Personenkreis, der zeitlich unbegrenzt in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben muss, um Menschen „ohne Bleibeperspektive“ erweitern. Demnach würden künftig auch deren Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen sein. Die größte potenziell betroffene Gruppe sind Familien, die über einen anderen EU-Staat („Drittstaaten-Regelung“ – s. Dublin-Abkommen) eingereist sind. Betroffen sind ferner die Asylbewerber, deren Antrag nach Einschätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) „offensichtlich unbegründet“ erscheint. Beispielsweise wenn das Amt annimmt, der Asylsuchende halte sich „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen in Deutschland auf. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisiert den Gesetzentwurf scharf und warnt, dass in der Praxis möglicherweise alle Asylbewerber unter diese „Lagerpflicht“ fallen könnten, bis das Bundesamt über die Anträge entschieden hat. M. L.

Für geflüchtete Mädchen und Jungen aus „sicheren Herkunftsländern“, zu denen die Westbalkanstaaten zählen, ist die Lage noch gravierender. Sie können auf unbestimmte Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. „Diese Kinder werden in der Regel keiner Kommune zugewiesen. Für sie gilt damit in Bundesländern mit entsprechenden Regelungen keine Schulpflicht“, sagt Kinderrechtsexperte Dominik Bär vom Deutschen Instituts für Menschenrechte. Damit werde ihnen „ihr Recht auf Zugang zum Bildungssystem verweigert“.

Die ersten „Aufnahme- und Rückführungszentren für Balkan-Flüchtlinge“ (ARE) sind in Bayern bereits im Sommer 2015 in Manching/Ingolstadt und Bamberg eröffnet worden. „Am Anfang gab es nur wenige Unterrichtsstunden, und die waren auf Englisch“, berichtet Fevzi Buzaku*, der mit Frau und seinen zehn- und 14-jährigen Kindern seit Ende 2015 in einem ARE wohnt. Die Familie ist vor über zwei Jahren vom Westbalkan nach Deutschland geflohen. Anfangs durften Tochter und Sohn Übergangsklassen an öffentlichen Schulen besuchen, in denen beide schnell Deutsch lernten. Laut Buzaku standen das Mädchen und der Junge kurz vor dem Übergang in reguläre Klassen, als man die Familie „von heute auf morgen“ in das ARE transferierte und die Kinder die Schule wieder verlassen mussten.

Nach anhaltender Kritik hat das bayerische Kultusministerium den Unterricht an den AREn zu Beginn des Schuljahres ausgebaut und Klassen „im Format der Übergangsklassen“ eingerichtet. Als „Übergangslösung, die den normalen Schulunterricht nicht ersetzen könne“, kritisiert eine UNICEF-Sprecherin diese Beschulung. Das sieht Buzaku, der noch immer auf einen Aufenthalt in Deutschland hofft, ähnlich. „Meine Kinder fragen ständig, wann sie wieder in eine richtige Schule kommen“, erzählt er. „Sie haben schon jetzt zwei Schuljahre verloren.“

Dessen ungeachtet hat die CSU-Regierung in dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Integrationsgesetz festgelegt, dass Heranwachsende, die sich in AREn aufhalten müssen, ausdrücklich nicht in Regelschulen, sondern in „besonderen“, dort „eingerichteten Klassen und Unterrichtsgruppen“ zu beschulen sind.

Für die GEW Bayern ist diese „Sonderbeschulung“ nicht akzeptabel. „Die Schulpflicht ist mit Unterrichtsangeboten, die nicht aufeinander aufbauen, nicht zu erfüllen“, kritisiert Bernhard Baudler, im Landesverband für Schule zuständig. Er rügt: So entstehe eine neue Schulart: „die Flüchtlingsschule“.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Namen von der Redaktion geändert.**

Der Stammtisch ist überall

// Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) würde die Hetze gegen Ausländer und Muslime salonfähig, fürchtet das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ (AGR)*. Bis zur Bundestagswahl im September will es deshalb 10 000 Bürgerinnen und Bürger schulen, wie diese sich gegen rechte Parolen zur Wehr setzen können. Zu Besuch bei angehenden „Stammtischkämpfern“ in Berlin. //

Dagmar versteht es selbst nicht, warum sie nicht eingegriffen hat. Vor ein paar Wochen hat die Berlinerin in der Straßenbahn miterlebt, wie zwei ältere Frauen abfällig über eine Kopftuchträgerin sprachen. Als eine der beiden von Ausländern als „Viechern“ spricht, kommt in ihr Wut hoch. Das geht doch nicht, denkt sie sich. Gesagt hat sie nichts.

Der Vorfall in der Tram ist der Grund, warum Dagmar an einem Sonntagnachmittag Ende März in einem Stuhlkreis sitzt und 20 Menschen von ihrer Scham erzählt: „Wie blöd muss man eigentlich sein“, fragt sie in die Runde einer Kneipe in Berlin Kreuzberg. Normalerweise ist die „Uschi Nation“ um diese Uhrzeit geschlossen. Doch heute sind die dunklen Holztische zur Seite geräumt, um Platz zu schaffen für den Workshop. Die Teilnehmenden sollen hier zu Stammtischkämpferinnen und -kämpfern ausgebildet werden. Also zu Menschen, die lautstark widersprechen, wenn sie im öffentlichen Raum fremdenfeindliche Sprüche hören. „Ich hätte was sagen müssen“, endet Dagmar. Alle nicken verständnisvoll. Sie haben ähnliche Erfahrungen gemacht. In der U-Bahn, beim Feierabendbier mit Kollegen – oder in der eigenen Familie. So wie die Studentin Laura, deren Verwandter vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit der AfD liebäugelte. Oder Umweltingenieur Arne, dessen Schwester sein Flüchtlingsengagement auf Lesbos mit den Worten kommentierte: „Ah, cool, dann schaust du, dass die da unten bleiben und nicht zu uns kommen.“

Was Dagmar, Laura und Arne verbindet: Sie waren zu fassungslos, um im entscheidenden Moment die richtigen Worte zu finden. Als sie erfuhren, dass es ein Bündnis gegen rechts gibt, welches Frauen und Männer für genau solche Situationen wappnet, meldeten sie sich sofort an.

Nicht tatenlos zuschauen

„Der Stammtisch ist überall“, sagt Josephine Löwenstein, nachdem sie den Erfahrungen der Teilnehmenden zugehört hat. Die 58-Jährige leitet den Workshop zum ersten Mal. Erst kürzlich hat sie sich in Berlin zur Leiterin ausbilden lassen. Wie bundesweit rund 300 Menschen vor ihr. Gut die Hälfte von ihnen macht wie Löwenstein nun selbst regelmäßig Seminare. Jeden ersten Sonntag im Monat verwandelt sich die „Uschi“ dann für drei Stunden in einen Seminarraum. „Ich will im Wahljahr nicht tatenlos zuschauen, wie die AfD in den Bundestag einzieht“, begründet die Pädagogin ihr Engagement. „Der Partei, die fremdenfeindliche Ressentiments schürt und damit mitverantwortlich für die gestiegene Gewaltbereitschaft gegen Ausländer und Muslime im Land ist, müssen wir etwas entgegensetzen.“

So empfinden es viele, die das AGR-Bündnis unterstützen. Den Aufruf „Gegen Hetze und für Weltoffenheit“

„Stammtisch“ mal anders: Die Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ bietet bundesweit in Kneipen Workshops an, bei denen Interessierte lernen, sich gegen rassistische Parolen zu wehren.

Foto: imago

unterzeichneten unter anderem Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), die Parteispitzen von Grünen und Linken, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman A. Mazyek, sowie Gewerkschafter und eine Gruppe Auschwitz-Überlebender. Sie alle appellieren an den Einzelnen, einzugreifen, wenn „Rassistinnen und Rassisten Menschen in unserer Mitte attackieren".

Seminarleiterin Löwenstein hat kleine Zettel ausgeteilt. Die Workshop-Teilnehmenden stehen sich paarweise gegenüber. Einer liest einen fremdenfeindlichen Spruch vor. Der andere hat 30 Sekunden Zeit, schlagfertig zu reagieren. Im Stimmenwirrwarr der Speed-Debatten schnappt man Wortfetzen auf wie „Pinocchio-Presse", „Stolz auf unser Land", „Nur wegen zwölf Jahren". Eine gute Übung, ist die überwiegende Meinung danach. Doch was bringt es, fragt eine Teilnehmerin, wenn man beim Gegenüber auf taube Ohren stößt? „Es geht nicht allein darum, Leute von der eigenen Ansicht zu überzeugen", antwortet Löwenstein. „Den AfD-Parteifunktionär werdet ihr nicht bekehren." Vielmehr gehe es darum, zu signalisieren: „Hier ist eine Grenze überschritten."

Eine Haltung, die die Berliner AGR-Gruppe nicht nur in der Kneipe zeigt. Ob Flyer verteilen am internationalen Tag gegen Rassismus, „Stolpersteine" putzen, die auf den Gehwegen an die von den Nazis ermordeten Juden erinnern, oder zuletzt die Fahrt nach Köln, um vor dem Maritim-Hotel gegen den Bundesparteitag der AfD zu protestieren.

„Viele von uns engagieren sich nach dem Workshop weiter", freut sich Anna Müller, eine der beiden bundesweit arbeitenden Koordinatorinnen des Bündnisses. Diese Bereitschaft stellte die 28-Jährige schon bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im vergangenen September fest. Etwa als das Bündnis Mülleimer neben AfD-Wahlkampfständen aufstellte – für eine „fachgerechte Entsorgung" rechtspopulistischer Flyer. Müller hat zuvor für ein vom Berliner Senat unterstütztes Projekt rechte Straftaten in Berlin gezählt. Sie sieht einen Zusammenhang zwischen dem Erstarken der AfD und der Gewaltzunahme in der Hauptstadt: „Die Hemmschwelle bei verbalen Attacken und tätlichen Angriffen ist deutlich niedriger geworden."

Deshalb will das Bündnis bis zur Bundestagswahl im September 10 000 Bürgerinnen und Bürger stark machen gegen rechte Parolen. Rund 2 600 Frauen und Männer wurden schon geschult, 61 weitere Seminare sind – von Gewerkschaften, Kirchen, Jugendclubs oder Parteien – bereits gebucht. Zum Teil finanziert sich das Bündnis über die Seminarhonorare. Wobei die verhandelbar seien, sagt Müller. „Das Wichtigste ist, möglichst viele Menschen zu erreichen."

Workshopleiterin Löwenstein hofft, auch im eigenen Umfeld mutiger zu werden. „Ich lebe in einem Städtchen in Brandenburg. In der Nachbarschaft wohnt ein Nazi." Mit dem will Löwenstein ins Gespräch kommen – vor der Bundestagswahl.

Ralf Pauli,
taz-Redakteur

***Das AGR-Bündnis ist bundesweit organisiert. Es gibt rund 20 lokale Gruppen, die Seminare finden in allen Bundesländern statt. Weitere Infos sowie die Möglichkeit zu spenden unter: www.aufstehen-gegen-rassismus.de**

Aktiv für Alte

// Die GEW trauert um Ortrud Farken. Die engagierte Gewerkschafterin hat die Seniorinnen- und Seniorenpolitik der GEW über viele Jahre geprägt; sie ist kurz nach ihrem 84. Geburtstag durch einen tragischen Unfall verstorben. //

Foto: privat

Ortrud Farken

Ortrud ist unmittelbar nach der Wende für ihren Landesverband Mecklenburg-Vorpommern im Bundesausschuss der Seniorinnen und Senioren (BSA) aktiv geworden, 1993 wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden, 1997 und 2001 zur Vorsitzenden gewählt. 2006 schied sie aus dem Gremium aus.

Mit Ortrud habe ich seit 2001 zusammengearbeitet. Ich habe sie als Kollegin kennengelernt, die in der Zusammenarbeit zielgerichtet und dialogorientiert war. Es war ihr wichtig, Strukturen für die Arbeitsfähigkeit und Sichtbarkeit der Seniorinnen und Senioren in der GEW und darüber hinaus zu verankern – z. B. die Richtlinien für Seniorenarbeit in der GEW und nicht zuletzt die Mitgliedschaft des BSA in der BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Sich für gerechte Rentenregelungen in den neuen Bundesländern zu engagieren, war Ortruds politisches Kernanliegen. Aber auch andere Bedürfnisse älterer Mitglieder hat sie auf die Tagesordnung gesetzt, etwa Gesundheit im Alter oder bürgerschaftliches Engagement. Damit hat Ortrud über ihre aktive Zeit hinaus Spuren hinterlassen und Weichen gestellt. Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauen- und Seniorenpolitik

FERNE WELTEN
entdecken!

IKARUSTOURS

STUDIEN- UND ERLEBNISREISEN IM SOMMER 2017

Prachtvolles St. Petersburg

8-tägige Städtereise in eine der schönsten Städte der Welt. Mit einer Vielzahl an Höhepunkten, umfangreichen Besichtigungen und ausreichend freier Zeit für eigene Erkundungen

St. Petersburg – Eremitage – Peterhof – Puschkin

Leistungen:
- Linienflüge mit AERFOFLOT ab/bis versch. deutschen Flughäfen inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten *** oder ****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- örtliche deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

704601-04	18.06.17-25.06.17	€ 1.430,–
704601-05	23.07.17-30.07.17	€ 1.310,–
704601-06	13.08.17-20.08.17	€ 1.250,–
704601-07	03.09.17-10.09.17	€ 1.250,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 250,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 86,–
Visum: Russland	+ € 90,–
Mindestteilnehmerzahl:	10 Personen

Große Baltikum-Rundreise

15-tägige umfassende Erlebnisreise durch Litauen, Lettland und Estland mit herrlichen Landschaftspanoramen und geschichtsträchtigen Orten

Vilnius – Trakai – Kaunas – Kaliningrad – Swetlogorsk – Nida – Kurische Nehrung – Klaipeda – Riga – Saaremaa – Tartu – Palmse – Tallinn

Leistungen:
- Linienflüge mit LUFTHANSA ab/bis Frankfurt nach Vilnius / von Tallinn inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***- und ****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

703611-01	14.06.17-28.06.17	€ 2.490,–
703611-02	26.07.17-09.08.17	€ 2.490,–
703611-03	23.08.17-06.09.17	€ 2.490,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 510,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 86,–
Anschlussflüge ab Berlin/Düsseldorf/München/Hamburg	+ € 80,–
Visum: Russland	+ € 90,–
Mindestteilnehmerzahl:	15 Personen

Mongolei (- Sibirien)

15-tägiges Mongolei-Reiseerlebnis für Natur- und Landschaftsfreunde mit Überlandfahrten durch die Wüste Gobi nach Karakorum und Jurten-Übernachtungen.

Ulan Bator – Terelj – Mandshir – Mandelgobi – Wüste Gobi – Khongoryn Els – Bayanzag – Hustain Nuruu – Karakorum – Ogil Nuur (optional Tour B: Irkutsk – Listwjanka – Baikalsee – Olchon-Insel)

Leistungen:
- Linienflüge mit AEROFLOT ab/bis Frankfurt über Moskau inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten **-***-Hotels und Jurten mit Vollpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Bahnfahrt mit Transsib (bei Tour B)
- Reisehandbuch nach Wahl
- durchgehende, deutsch spr. Reiseleitung

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

723027-01	27.06.17-11.07.17	€ 3.550,–
723027-02	25.07.17-08.08.17	€ 3.550,–
723027-03	22.08.17-05.09.17	€ 3.550,–

8-Tage Sibirien (Tour B):	+ € 1.440,–
Einzelzimmer-Zuschlag:	+ € 520,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):	+ € 86,–
Visum: Russland	+ € 90,–
Mindestteilnehmerzahl:	6 Personen

Weitere spannende Reisen im Sommer 2017

(PREISE JE PERSON IM DOPPELZIMMER)

Nennen Sie bei Buchung die Codierung „GEW0517“ und Sie erhalten eine Bonus-Ermäßigung von € 30,- je Person

WEST- UND OSTPREUSSEN-RUNDREISE

703608-02	18.07.17-28.07.17	€ 1.790,–
703608-03	29.08.17-08.09.17	€ 1.770,–

WEISSRUSSLAND – WEISSER FLECK EUROPAS

703602-01	09.06.17-16.06.17	€ 1.790,–
703602-03	18.08.17-25.08.17	€ 1.790,–

CHINA ZUM KENNENLERNEN

733301-05	18.07.17-29.07.17	€ 2.298,–
733301-07	12.09.17-23.09.17	€ 2.298,–
733301-08	10.10.17-21.10.17	€ 2.298,–

KLASSISCHE PERU – BOLIVIEN-RUNDREISE

743617-03	10.07.17 – 27.07.17	€ 3.990,–
743617-04	07.08.17 – 24.08.17	€ 3.990,–
743617-05	11.09.17 – 28.09.17	€ 3.890,–

KREUZFAHRTEN: SPITZBERGEN-UMRUNDUNG

767400-01 (4-BETT-KABINE)	05.07.17-15.07.17	€ 5.450,–
767400-02 (4-BETT-KABINE)	14.07.17-24.07.17	€ 5.450,–
767405-01 (2-BETT-FENSTER)	23.07.17-03.08.17	€ 7.390,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Am Kaltenborn 49-51 · 61462 Königstein
Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

Kein Hollywood-Movie

// „Berlin Rebel High School“ ist ein Film, der von Jugendlichen erzählt, die das Schulsystem rausgekickt hat oder die sich selbst herauskatapultiert haben. In Berlin-Kreuzberg haben sie einen Ort gefunden, der sie auffängt. Filmstart ist am 11. Mai. //

Vielleicht ist es eine der intensivsten Sequenzen in diesem Film: Alex und Marvin fahren in „Berlin Rebel High School“ (D, 2016, R: Alexander Kleider) zusammen in ihre Heimatorte und besuchen ihre früheren Schulen. Jene Schulen, an denen sie gescheitert sind. Genauer: die letzte einer ganzen Latte von Schulen. Alex hat es hier nur ein paar Stunden ausgehalten. Es reichte, dass ätzende Mitschüler den sanften Jungen mit den blonden langen Locken kurzerhand „Wolfgang Petry“ nannten. Ausgerechnet wie den verhassten Sänger, dessen Musik zu Hause immer lief. Also ging er einfach vom Schulhof und kam nie wieder. Abitur? Das war wohl gelaufen.

Ähnlich ging es auch Marvin, der sich auf seinem alten Schulhof vor allem an die Demütigung erinnert, vom Schulleiter angebrüllt zu werden, nachdem er auf den Boden gespuckt hatte. Oder Lena, das mal rot, mal blau, mal grün gefärbte Punk-Mädchen aus Eggesin, das rechtsextreme Mitschüler in der 9. Klasse von der Schule mobbten. Oder Hanil aus Aachen, der als Teenager zu viel kiffte und schwänzte und deshalb von der Schule flog. Sie alle haben sich längst von der Idee verabschiedet, sich irgendwann noch einmal mit dem System Schule zu versöhnen oder gar das Abitur zu schaffen.

Doch dann hörten sie von diesen sagenumwobenen drei Buchstaben: SFE.

Schule für Erwachsenenbildung in Berlin-Kreuzberg. SFE, das könnte auch heißen: „Shangrila“ (ein paradiesisch fiktiver Ort – Anm. d. Red.) für am Ellenbogensystem Gescheiterte. Die in den 1970er-Jahren im Windschatten der Studentenbewegung von rebellierenden Schülerinnen und Schülern selbst gegründete Schule ist zum Auffangbecken für die Outcasts des bundesdeutschen Schulsystems geworden. Die vollkommen unabhängige Einrichtung nimmt jede und jeden, der oder die bereit und in der Lage ist, das Schulgeld von zurzeit 160 Euro im Monat zu zahlen. Hier landen jene, die überall sonst aneckten, gemobbt wurden, sich komplett unverstanden fühlten und einfach nicht zu Potte kamen. Junge Menschen, die mit hierarchischen Systemen Probleme haben, besonders sensibel sind, nicht mit dem „Schwarm“ schwimmen wollen oder können.

Die SFE akzeptiert sie alle. Ein Shangrila ist sie dabei aber gerade nicht. Denn nach der anfänglichen Euphorie und Begeisterung über eine hierarchiefreie Schule, die kumpelhafte Kommunikation, die Straflosigkeit, folgt – das haben Verwaltung und Lehrkräfte längst als Muster erkannt – zwangsläufig eine Phase der Ernüchterung: Dann nämlich, wenn die freiheitsliebenden Abiturienten in spe merken, dass sie auch im hedonistischen Kreuzberg letztendlich tun müssen, was auf alle zukommt, die kurz vor dem Abitur stehen: sich auf den Hintern setzen und arbeiten, lernen, büffeln. Diejenigen, die nach dieser Erkenntnis noch am Ball bleiben, reüssieren häufig. Allein Deutschlehrer Klaus Trappmann, trotz des lausigen Stundenlohns von derzeit 12,50 Euro seit Jahrzehnten an der SFE, hat schließlich schon mehr als 2 500 Schülerinnen und Schüler erfolgreich zum Abitur gebracht.

Keine Zaubertricks

Woran das liegt? Schwer zu sagen. Auch nachdem man „Berlin Rebel High

School“ gesehen hat. Regisseur Alexander Kleider, selbst ein erfolgreicher Absolvent der SFE, zeigt in diesem Dokumentarfilm über seine ehemalige Schule Szenen aus dem Unterricht, die keine besondere pädagogische Methode erkennen lassen, keine geheimnisvolle Didaktik, keine Zaubertricks. Unverhüllt offenbart sich hier zunächst vor allem, woran viele dieser Jugendlichen schon so lange scheitern – an sich selbst. Etwa, wenn der Darmstädter Florian, der mit beinahe aggressiver Verve „natürlich ein Einser-Abi“ anstrebt, nach den Sommerferien einfach nicht zurück in die Disziplin findet und entweder gar nicht oder zu spät zum Unterricht kommt. Oder wenn Hanil immer wieder darauf zurückkommt, „dass ich immer noch ab und zu faul bin“.

Die Lehrerinnen und Lehrer der SFE tun gar nichts Besonderes. Sie setzen keine geheimnisvollen Hebel an. Sie nutzen keine ausgefuchsten didaktischen Verfahren. Deutlich wird allerdings, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler ernst nehmen, auch indem sie diese daran erinnern, dass mit dauerndem Schwänzen das Abitur nicht zu schaffen sei. Aber vor allem, indem sie ein Gespräch auf Augenhöhe suchen und es ganz bewusst vermeiden, herablassend oder gar demütigend zu kommunizieren. Lehrkräfte, die ihren Schützlingen eben klar machen, dass sie an sie glauben, dass diese innere Stärken haben, die es freizulegen gilt. Viel mehr sei gar nicht nötig, so vermittelt es der Film, um verunsicherte junge Menschen so zu stärken, dass dieses Vertrauen in sich selbst sie zum Abitur tragen kann.

Klappt natürlich nicht immer. Weder schaffen es alle Jugendlichen, sich tatsächlich auf den Hosenboden zu setzen, noch geht die einfache Rechnung immer auf, dass ein Schüler nur an sich glauben muss, und – schwupps – hat er das Abi in der Tasche. Da scheitert Alex, der vor allem Angst vor Mathe hatte, ausgerechnet an der mündlichen Kunst-Prüfung. Und der ein bisschen angeberische Florian bleibt auch ein gutes Stück zurück hinter seinem erklärten Ziel, ein Einser-Abi zu machen. Da holt die eiskalte Realität die teilweise noch sehr verträumten jungen Frauen und Männer dann wieder ein.

„Berlin Rebel High School“ ist eben kein Hollywood-Movie, sondern ein deutscher Dokumentarfilm, der zeigt, dass das Leben auch im nonkonformen Kreuzberg kein Ponyhof ist. Aber er weist auf eindringliche und sensible Weise darauf hin, dass jeder Mensch, der bereit ist, an sich zu arbeiten, eine zweite, dritte und vierte Chance verdient hat. Und dass viele, die im Schulsystem absacken, keineswegs am Lernstoff scheitern. Die Gründe für ihr Versagen sind vielfältig: komplizierte Familienverhältnisse, persönliche Schwierigkeiten, Unreife, Pubertätsprobleme. Der Film macht deutlich, dass das staatliche Schulsystem häufig nicht in der Lage zu sein scheint, adäquat auf jene zu reagieren, die nicht im Mainstream schwimmen. Es lässt die Gestrandeten oft einfach zurück. Als könne die Gesellschaft auf sie verzichten. Als bräuchte sie nicht gerade den Beitrag der gegen den Strich Gebürsteten. Wie zum Beispiel diesen Film des einst gescheiterten Alexander Kleider. Vielleicht stößt der ja eine Debatte an, die etwas auf den Weg bringt? Mehr solche Schulen wie die SFE oder besser noch: ein verändertes Schulsystem, das sich besser auf jene Heranwachsenden einstellen kann, die eben ein bisschen anders ticken. Anders zu ticken, kann schließlich ziemlich nützlich sein.

Frauke Haß,
Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt a. M.

Trailer und weitere Informationen zum Film unter:
www.dok-werk.com/deutsch/dokfilme/berlin-rebel-high-school/

Jetzt drei Wochen gratis* lesen:

Zeitung für Malocher, nicht für Millionäre.

junge Welt
DIE TAGESZEITUNG
Illegale Hungerlöhne
Millionen Minijobber erhalten noch nicht mal den Mindestlohn. Unternehmen trickseln mit der Arbeitszeit. Die Linke: Betrug muss geahndet werden.
Von Susan Bonath

* **Und hier das Kleingedruckte:**
Kostenlos! Unverbindlich!
Endet automatisch!
Muss nicht abbestellt werden!
Einfach zum *jW*-Kennenlernen!

www.jungewelt.de/probeabo
facebook.com/junge.welt
twitter.com/jungewelt
030/53 63 55-50

Schüler-Aktionen gegen Kinderarbeit

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Ob Pflastersteine, Kaffee oder Computer – viele Städte und Gemeinden kaufen auch Erzeugnisse, bei deren Produktion Kinder ausgebeutet werden. Und doch achten immer mehr Kommunen darauf, sozial „saubere“ Waren zu beschaffen – nicht zuletzt, weil der Druck der Schüler und Lehrkräfte wächst. //

Die Sonne brennt heiß auf die Mädchen und Jungen, die auf dem Boden sitzen. Schweigend, in Lumpen gehüllt, die Köpfe gesenkt, die Gesichter ernst, klopfen sie Granitblöcke. Doch die hier malochen und einer nach dem anderen ohnmächtig umkippen, sind nicht minderjährige Arbeiter in indischen Steinbrüchen. Es sind Schülerinnen und Schüler der 6. Gymnasialklasse in Amberg (Ostbayern). Mit ihrer vierminütigen Aufführung zum Schulfest und dem Appell „Es ist Zeit zu handeln, denn diese Kinder haben keine Chance auf eine Zukunft!“ rüttelten sie nicht nur ihre Eltern, Lehrkräfte und Freunde auf. Sie machten auch Politiker und Verwaltung der 44 000-Einwohner-Stadt in der Oberpfalz auf das Leid vieler Kinder und Jugendlicher aufmerksam, die weltweit für unsere Konsumgüter geknechtet werden.

Foto: Martin Lindner

Schülerprotest gegen Kinderarbeit: Mit einem Theaterstück machten Jugendliche des Gymnasiums in Amberg (Ostbayern) auf malochende und ausgebeutete Mädchen und Jungen in den Steinbrüchen Indiens aufmerksam. Ihr eindringlicher Appell an Eltern, Lehrkräfte und Freunde: „Es ist Zeit zu handeln!“

Die Jugendlichen des Erasmus-Gymnasiums richteten ihren Protest an die richtige Adresse: Bund, Länder und Kommunen. Alle drei Ebenen könnten über ihr Beschaffungswesen noch stärker als der einzelne private Verbraucher Unternehmen in die Pflicht nehmen, damit diese ein Auge darauf haben, dass Zulieferer fair handeln. Denn die öffentliche Hand ist der größte Konsument im Land: Sie vergibt in Deutschland jährlich Aufträge von – geschätzt – 400 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Städte, Gemeinden und Landkreise. Mit Steuergeldern kaufen Bund, Länder und Kommunen Pflastersteine für Marktplätze, Kaffee oder Orangensaft für die Kantine, Möbel und EDV für die Büros, Uniformen für Polizei und Feuerwehr, Bälle und Papier für Schulen oder Blumen fürs Rathaus ein – Produkte, die überwiegend aus Billiglohnländern stammen, und für die es heute meist seriös zertifizierte, sozial und ökologisch gute Alternativen gibt.

Die wollen die Erasmus-Gymnasiasten auch in Amberg verwirklicht sehen. „Ich möchte in einer Stadt leben, die anderen ein Vorbild ist, die ihre Bewohner und vielleicht sogar weitere Städte motiviert, nachhaltig einzukaufen, damit es endlich weniger Kinderarbeit gibt“, fordert Maresa Platzer, 16, Schülerin der 11. Klasse. „Unsere Stadt hat einfach mehr Möglichkeiten als jeder Einzelne von uns, fair einzukaufen“, pflichtet ihre Freundin Sabrina Glöckner (17) bei. Gemeinsam mit anderen Schülern haben die beiden einen Brief an den Oberbürgermeister (OB) der Stadt geschickt, diesen nach der Herkunft der Pflastersteine auf den Straßen der Stadt gefragt. Und: ob Ambergs Stadtrat schon beschlossen habe, auf Friedhöfen nur

noch zertifizierte Grabsteine ohne Kinderarbeit zuzulassen.
Das ist möglich, weil das deutsche Vergaberecht 2016 reformiert wurde. Seitdem können Kommunen in Ausschreibungen und Vergabeverfahren darauf drängen, dass die Waren und Angebote der Lieferanten oder Dienstleister soziale oder umweltschonende Kriterien erfüllen und die Erzeugnisse im Idealfall sogar ein soziales oder grünes Gütesiegel haben. Laut EU-Recht kann der Auftraggeber als Nachweis ein Zertifikat verlangen – und zwar für die gesamte Lieferkette. Vor 2009 galten solche Kriterien noch als „vergaberechtsfremd" und waren damit nicht zulässig. Lange entschied allein der Preis über den Zuschlag.

Fair einkaufen

Dass es etliche Kommunen schaffen, fair einzukaufen, zeigen Städte wie Hamburg, Mainz, Bremen, Bonn oder München. Sie gelten als Vorreiter für nachhaltige Beschaffung. In Dortmund etwa achtet ein zentrales Amt darauf, dass Firmen Hemden, Jeans oder Socken für die Feuerwehrleute, Gärtner, Zoowärter oder Kanalbauer unter sozial fairen Bedingungen herstellen, die neuen Computer möglichst wenig Strom ziehen, Fußbälle für die Schulen nicht von Kindern genäht und Pflastersteine nicht von Jugendlichen gehämmert wurden – und die Lebensmittel für Kita, Klinik oder Kantine möglichst ein Bio- oder Fair-Trade-Zeichen haben.
Den Brief der Amberger Gymnasiasten an den Oberbürgermeister haben 250 Schülerinnen und Schüler, Eltern und Pädagogen unterschrieben – zusammen mit dem kurzen, aber eindringlichen Theaterstück gegen Kinderarbeit Druck genug, um die Verwaltung in Bewegung zu setzen, ist Helmut Kollhoff überzeugt: „Wenn Kinder auf dem Boden hocken, Steine klopfen und umkippen, hat das Wirkung." Kollhoff, ehemals Siemens-Ingenieur, jetzt Vorsitzender des Eine-Welt-Ladens in Amberg, leitet an der Schule als Ehrenamtlicher das Fach „Zukunft".
In Kollhoffs Unterricht haben die Mädchen und Jungen über bewussteren Konsum diskutiert, das Theaterstück geprobt, den Besuch im Bundesentwicklungshilfeministerium in Berlin geplant, mit der Presse gesprochen und den Brief an den OB formuliert – „diplomatisch und freundlich im Ton, doch hart in der Sache", betont Kollhoff. „Provokation ist gut – das Gegenüber muss aber immer das Gesicht wahren können." Wichtig sei zudem, dass sich die Jugendlichen auf die Gespräche mit Politikern oder Ratsmitgliedern gut vorbereiten, sich informieren, was eine Kommune beim Einkauf an fairen Bedingungen fordern darf – und wo ihr schlichtweg Grenzen gesetzt sind.
Amberg nennt sich zwar „Fair Trade Town". „Aber da ist noch Luft nach oben", so Kollhoff. Noch hat der OB nicht auf das Schreiben der Schülerinnen und Schüler reagiert. „Wir werden nachhaken", sagt Sabrina, eine aus der Gruppe, und kündigt an: „Wenn die Stadt weiter blockt, lassen wir uns provokantere Aktionen einfallen." Irgendwann, davon sind auch ihre Klassenkameraden überzeugt, werde die Stadt reagieren – „die Verantwortlichen wollen ja wiedergewählt werden", so die 17-Jährige. Das findet auch Maresa: „Viele Politiker wetten auf die Jugend – sie wissen: Wir sind die Zukunft."

Martina Hahn,
freie Journalistin

Materialien für Schüler-Kampagnen:

Leitfaden und Protestpostkarten „Wie fair kauft meine Stadt?"
der Christlichen Initiative Romero:
www.ci-romero.de
www.umweltschulen.de/audit/nachhaltigkeitinderschule.html
www.faire-schule.eu oder www.fairtrade-schools.de
www.das-macht-schule.net/projekte
www.umwelt-im-unterricht.de/
Wie fair könnte meine Kommune einkaufen?
Hintergrundinfos und Argumente für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler:
www.gew.de/steineklopfen

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 05/2017

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Der Integrationskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin richtete den Blick auf einen entscheidenden Aspekt der Integration Zugewanderter: Inwieweit verstehen sich Staat sowie Bürgerinnen und Bürger als Einwanderungsgesellschaft?

Foto: Dominik Buschardt

Nachholbedarf

// Welche Chancen und Risiken sind mit der Zuwanderung geflüchteter Menschen verbunden? Was muss der Staat tun, um die Neuankömmlinge gut zu integrieren? Das war Thema des Integrationskongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), der Ende März in Berlin stattfand. Unter dem Titel „#Angekommen" diskutierten rund 1 000 Experten aus Kommunen, Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik über integrations- und migrationspolitische Fragen. //

Foto: dpa

Auf dem FES-Kongress warnte das ehemalige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt: „Wenn es nicht gelingt, die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive schnell und wirksam zu integrieren, wird unsere Gesellschaft schweren Schaden nehmen."

Der Zuzug von über einer Million Menschen allein in 2015 habe die Bundesrepublik vor große Herausforderungen gestellt, betonte Heinrich Alt, der von 2002 bis 2015 dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) angehörte. Die Probleme bei der Registrierung und Erstaufnahme hätten „die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Verwaltung bereits mehr als deutlich gemacht". Die „eigentlichen Herausforderungen" lägen allerdings noch vor uns: „Wenn es nicht gelingt, die Flüchtlinge mit Bleibeperspektive schnell und wirksam zu integrieren, wird unsere Gesellschaft schweren Schaden nehmen", warnte Alt.

Foto: Fotostudio Renard, Kiel

Josef Mikschl, Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein, forderte während der FES-Tagung: „Die Zuwanderung Geflüchteter nach Deutschland sollte Anlass sein, die Beschäftigungsbedingungen der Integrationsfachkräfte zu verbessern."

Er hob aber auch hervor, die Altersstruktur der Geflüchteten zeige „ein großes Potenzial. Denn rund 50 Prozent waren 2015 jünger als 25 Jahre und somit altersmäßig noch vor bzw. in der schulischen bzw. beruflichen Ausbildung". Allerdings müsse der Staat die Zuwanderung für „Investitionen in Bildung und Ausbildung, Wohnungsbau und Sozialleistungen für alle" auch nutzen.

Damit Integrationskosten zu Investitionen in die soziale Balance werden, seien zwei Aspekte besonders wichtig, machte der Kongress deutlich: Zum einen die Frage, inwieweit sich Staat und Bürger als Einwanderungsgesellschaft verstehen und die Infrastruktur auf die Aufnahme von Migranten und Asylsuchenden eingestellt ist; zum anderen die Situation derer, die in der Praxis unmittelbar mit der Integration zu tun haben – seien es Sozialarbeiter, Flüchtlingsbetreuer oder Sprachlehrkräfte.

In dieser Hinsicht habe Deutschland noch Nachholbedarf, erläuterte Josef Mikschl, Vorsitzender der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Schleswig-Holstein. Derzeit seien zirka 15 000 Integrationskurslehrkräfte bei 1 721 Trägern beschäftigt. Diese unterrichteten in der Regel Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache (DaZ bzw. DaF). Mikschl kritisierte in dem Zusammenhang, dass es nach wie vor kein klares, einheitliches Berufsbild für Sprachlehrkräfte gäbe; das Gros arbeite zu-

dem auf Honorarbasis oder sei lediglich befristet angestellt.
Seit dem 1. Juli vergangenen Jahres gilt für Lehrkräfte in den vom Bundesamt für Migration (BAMF) geförderten Kursen ein Stundensatz von 35 Euro. Damit, so rechnete Gewerkschafter Mikschl vor, kämen die Kursleitungen im Schnitt auf ein monatliches Nettohonorar von knapp 1 600 Euro. „Die Kolleginnen und Kollegen profitieren heute von der enormen Zuwanderung Geflüchteter im Jahr 2015“, so Mikschl. „DaF-Fachkräfte wurden dringend gebraucht, entsprechend groß war der Druck auf das BAMF, die Honorarsätze zu erhöhen.“
Nach wie vor katastrophal sind dagegen die Verdienstmöglichkeiten für die Leiterinnen und Leiter der Deutschkurse an den von den Kommunen finanzierten Volkshochschulen (VHSen). Hier werden Stundensätze zwischen 20 und 23 Euro gezahlt, was einem monatlichen Nettoeinkommen von kaum 1 000 Euro entspricht. „Das sind Einkommen, die knapp über dem Existenzminimum liegen. Altersarmut ist vorprogrammiert“, stellte Mikschl fest. Er forderte, die so genannte Soloselbstständigkeit abzuschaffen und stattdessen Tarifverträge für Honorarkräfte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Regelarbeitsverhältnis anzubieten (s. E&W 3/2017). „Die Zuwanderung Geflüchteter nach Deutschland sollte Anlass sein“, so Mikschl, „die Beschäftigungsbedingungen der Integrationsfachkräfte zu verbessern.“

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

Lesen Sie zum FES-Kongress auch den Artikel über das kanadische Einwanderungssystem auf der GEW-Website: www.gew.de/kongress-kanada.

Blick nach Kanada

Bei der Frage der Infrastruktur und Aufnahmebereitschaft lohnt sich ein Blick ins Ausland, z. B. nach Kanada. Das kanadische Einwanderungssystem könne zwar nicht eins zu eins auf Deutschland übertragen werden, betonen Uwe Hunger, Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, und Sascha Krannich, Universität Siegen, in ihrer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studie „Einwanderungsregelungen im Vergleich: Was Deutschland von anderen Ländern lernen kann“*. Denn die nationale Identität Kanadas begründe sich ausdrücklich aus der Einwanderung von Millionen Menschen vor und nach der Unabhängigkeit. Das kanadische System zeige jedoch, so die beiden Wissenschaftler, dass durch eine gesteuerte Einwanderung, die sich sowohl an der Nachfrage nach Arbeitskräften orientiere als auch humanitäre Aspekte wie Familienzusammenführung und Aufnahme geflüchteter Menschen berücksichtige, in der Mehrheitsgesellschaft eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Migration erreicht werden kann. Nur knapp ein Fünftel der rund 250 000 Menschen, die jährlich nach Kanada einwandern dürfen, sei hochqualifiziert. Diese Gruppe wird nach einem strengen Punktesystem ausgewählt. Vlad Mijic vom Department IRCC (Immigration, Refugees and Citizenship) der kanadischen Regierung wies daraufhin, dass sein Land Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehe und Politik dementsprechend in die Infrastruktur investiere – z. B. in ausreichend und qualifizierte Sprachlehrkräfte. J.A.

***library.fes.de/pdf-files/wiso/11662.pdf**

ICH WILL'S WISSEN.

ARTIKEL 26:
Jeder hat das Recht auf Bildung.

DIE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE
ICH SCHÜTZE SIE – SIE SCHÜTZT MICH

www.amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

„Wenn ich groß bin, werde ich Humankapital!“

// Wirtschaftliche Zusammenhänge sollten interdisziplinär unterrichtet und erforscht werden – weil der Mensch mehr sei als eine Arbeitskraft und ein Konsument. Das fordert die Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW), die zu ihrer ersten Jahrestagung ins bayerische Tutzing eingeladen hatte (s. auch E&W-Schwerpunkt „Ökonomische Bildung“, 12/2016). //

Foto: privat

Tim Engartner, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Uni Frankfurt am Main

„In 13 von 16 Bundesländern wird Ökonomie als Verbundfach unterrichtet, zusammen mit Arbeitslehre oder Politik“, erklärte Tim Engartner vom Vorstand der GSÖBW. „Nach unserer Auffassung fehlte bisher die entsprechende Fachgesellschaft“, so der Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Diese Lücke will die 2016 gegründete GSÖBW schließen. Nach Tutzing kamen rund 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch aus Österreich, der Schweiz und den USA. „Vom Hochschulpräsidenten bis zur Master-Studentin“, wie Engartner betonte.

Zu den Referenten zählte Professor Sascha Spoun, Präsident der Leuphana-Universität Lüneburg. Er teilt den interdisziplinären Ansatz der GSÖBW: „Um Wirtschaft zu verstehen, darf man Wirtschaft nicht allein betrachten“, zitierte Spoun den französischen Philosophen Gabriel Tarde, der Ende des 19. Jahrhunderts gewirkt hat. Denn auch „völlig subjektive Faktoren“ wie Meinungen oder Erwartungen beeinflussten das Handeln der Menschen. „Die Ökonomie muss auch diese Größen untersuchen“, so Spoun. Professor Tonio Oeftering und die wissenschaftliche Mitarbeiterin Julia Oppermann, beide vom Institut für Politikwissenschaft an der Leuphana-Hochschule, präsentierten das Konzept der „Lebensweltorientierung“. Dessen Intention: Politik und Ökonomie als Teil der „Lebenswelt“ der Schülerinnen und Schüler sichtbar zu machen. Es sei „problematisch“, betonte Oppermann, dass Bildung „nach Verwertbarkeitslogik vermessen“ werde. Dazu zeigte sie den Tagungsgästen ein Protestplakat, das diese Logik satirisch aufs Korn nimmt: eine Kinderzeichnung mit der Aussage: „Wenn ich groß bin, werde ich Humankapital.“

Moritz Peter Haarmann, Politikwissenschaftler an der Universität Hannover, zitierte den Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki: Lehrkräfte – auch an Gymnasien – „sollen nicht Einzelwissenschaften vereinfacht in die Schule übersetzen“. Es gelte vielmehr „Wissenschaft unter didaktischen Fragestellungen nach ihrem Lösungspotenzial für Lebensprobleme“ zu nutzen – und „nach ihren Grenzen“ zu fragen. Haarmann kritisierte die niedersächsischen Lehrpläne, in denen es heißt: Mithilfe des „ökonomischen Fachkonzepts Wirtschaftsordnung“ sollten die Schülerinnen und Schüler „wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft“ erarbeiten – und zwar „auch im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns“. Haarmann widersprach: „Soziale Marktwirtschaft ist nichts, was das Denken der Schülerinnen und Schüler strukturieren darf.“ Und: „Es wundert mich, wie eine solche Formulierung in den Lehrplan Eingang finden kann.“

„Frames“, nicht Fakten

Silja Graupe ist Professorin für Ökonomie und Philosophie an der privaten Cusanus-Hochschule im rheinland-pfälzischen Bernkastel-Kues. Sie machte deutlich, mit welchen Methoden Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre (VWL) arbeiten: mit „Frames“, also mit Deutungsmustern, die „durch Sprache im Gehirn aktiviert werden“. Deren Einfluss sei groß. „Frames, nicht Fakten bedingen unser Entscheidungsverhalten“, zitierte sie die im kalifornischen Berkeley forschende Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling. Als Beispiel für einen „Frame“ nannte Graupe die Lehrbuch-Aussage: „Der Markt ermittelt den Gleichgewichtspreis.“ Damit sei „empirisch aber nichts erklärt“. Stattdessen werde der Markt „als handelnder Akteur“ etabliert. Metaphern und Stereotype zu hinterfragen, gehört laut Graupe zu den Aufgaben der sozioökonomischen Bildung. Die Professorin resümierte: „Wir haben eine Riesenaufgabe vor uns.“

Foto: dpa

Prof. Sascha Spoun, Präsident der Leuphana-Uni in Lüneburg

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Homepage der GSÖBW:
www.sozioökonomie-bildung.eu/

Türkischen Kollegen schuldig

(E&W 1/2017, Seite 45 f., Leserforum: „Nicht so zahm“)

Zekeriya Altuğ hätte im Interview (E&W 11/2016) gefragt werden sollen, wie er sich zur Verfolgung von Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen in der Türkei stellt. Das sind wir den inhaftierten Kolleginnen und Kollegen schuldig.

Max Steinacher, Tübingen

„Nur angestellte Beschäftigte“

(E&W 2/2017, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Mehr Zeit für Bildung“)

Viele Pädagoginnen und Pädagogen beklagen sich über ihre Arbeitsbedingungen – und das meist zu Recht, aber man sollte differenzieren. Nehmen wir die Recherchen der E&W dafür zum Anlass. Diese vermitteln im Schwerpunkt unterschiedliche Einblicke in den Alltag und die Gefühle einzelner Beschäftigter von der Kita bis zur Uni. Da gibt es diejenigen, die ihren Beruf gut bewältigen und sich als Bonus mehr Zeit wünschen, und da sind jene, die sich durch Zeitmangel extrem

gestresst fühlen. Manche beklagen immer noch den 45-Minutentakt, andere arbeiten schon längst nach dem 90-Minutenkonzept. In einer Kita gibt es feste Mittagszeiten, an einer anderen ermöglicht es bedürfnisorientierte Pädagogik jedem Kind, selbst zu entscheiden, wann es essen möchte. Die Bandbreite ist also groß.

Wenn dann noch persönliche Ansprüche hinzukommen, die mit der Realität kaum zu vereinbaren sind, wird eine angemessene Bewertung schwierig. Drei Zitate aus den Aussagen verdeutlichen das: „Nach jedem Elterngespräch fertigt sie ein Protokoll an.“ – „Den Müttern und Vätern erläutert man das Konzept in Einzelgesprächen.“ – „Doch dafür seien keine Zeitressourcen vorgesehen. Die Lehrkräfte müssen es aber tun. Im Interesse des Kindes.“

Wer so mit (seiner) Zeit umgeht, verliert aus dem Blick, dass Lehrende und Erziehende i. d. R. neben allem pädagogischen Ethos und Pathos eben auch nur angestellte Beschäftigte sind, die für zirka 41 Wochenstunden gute Arbeit bezahlt werden.

Peter Ueding, Leopoldshöhe

Negativ belegter Begriff

(E&W 2/2017, Seite 7: „Doppelte Klassenführung wäre große Entlastung“)

Die Überschrift ließ mich stutzen. Wieso soll eine doppelte Klassenführung eine Entlastung bedeuten? Ich musste den ganzen Artikel lesen, um lang- >>

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

Eine kleine Anzeige.
Für eine große Tat.
Werden Sie Lebensspender.
Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter www.dkms.de.
DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH
DKMS Wir besiegen Blutkrebs.

Übernehmen Sie mit uns Verantwortung, damit sich die Lebensbedingungen in den armen Ländern unserer Welt verbessern.
www.brot-fuer-die-welt.de

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS
www.stockmann-verlag.de

Wir suchen eine Grundschullehrkraft
Die Deutsche Schule Erbil in Kurdistan/Irak ist eine von der Bundesrepublik Deutschland geförderte und von der KMK anerkannte Deutsche Auslandsschule. Wir suchen zum nächsten Schuljahr 2017/2018 noch Ortslehrkräfte für die Grundschule. Wenn Sie über eine deutsche Lehramtsausbildung oder vergleichbare Qualifikationen verfügen, im Ausland arbeiten möchten und Interesse an der Arbeit in einem kleinen, engagierten Team haben, dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.
Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an den Schulleiter (schulleitung@ds-e.org).
Auch Nachfragen werden gerne über diese E-Mail-Adresse beantwortet. www.ds-e.org

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
System-Schulplaner A4-Plus 2017/2018
• Wochenübersicht auf 2 Seiten, senkrecht
• Jahres- und Projektplaner
• bis zu 12 Klassen à 6 Seiten
Art. 10750-43
nur 9,95 €
Gehörschutz für Kinder „Auris“
Gutschein-Code: EW2652
Art. 70055-43
statt 9,95 €
nur 8,00 €
Artikel in den Warenkorb legen. Der Gutschein wird als prozentualer Rabatt (19,58 %) abgezogen. Gültig bis 04.06.2017.
nur 8,– € Sonder-Preis
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

ZARB Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
Lösung 2 ZARB 4 IST 3 EINFACH 1 GENIAL
hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

sam auf die (unrealistische) Idee zu kommen, dass die Kollegin eine Teamklassenführung mit zwei Lehrkräften meint. Viel realistischer sind doch im Moment Situationen, in denen doppelte Klassenführungen wieder nötig sind, damit zwei Klassen zumindest mit einer Klassenlehrerin versorgt werden können.
Das muss doch meiner Gewerkschaft klar sein, dass dieser Begriff auch aktuell wieder negativ belegt ist. In Duisburg jedenfalls fehlen an Schulen so viele Kolleginnen und Kollegen, dass doppelte Klassenführungen nicht selten sind.
Bärbel Steuwer, per E-Mail

„Vor 60 Jahren“

Nach 60 Jahren GEW-Mitgliedschaft nun doch einmal ein Leserbrief – und zwar zu dem Beitrag von Johanna Weitzel, aufgezeichnet von Katja Irle. Weitzel plädiert generell dafür, zwei Lehrkräfte für die Klassen- oder Gruppenführung einzusetzen. Ich musste lachen, denn vor rund 60 Jahren kam Kurt Wawrzyniak angesichts aufkommender geschlechtlicher Integration, genannt Koedukation, zur gleichen Forderung*.
Seit 1960 ging noch ein Jahrzehnt ins Land, bevor Mädchen als spezielle Adressaten von Unterricht ernst genommen wurden. Noch weitere zwei Jahrzehnte vergingen, bevor auch die Jungen entdeckt wurden. Zumindest an der Abiturientenquote der Mädchen hat sich etwas geändert, ohne dass an Gruppengrößen oder Betreuerzahl groß gerüttelt wurde.
Ulrich Hain, Gießen
*Kurt Wawrzyniak: Grundfragen der Koedukation. München, Basel: 1959; in jener Zeit waren männliche Lehrkräfte an Volksschulen noch weitaus in der Überzahl.

Korrekturbedürftig

(E&W 2/2017, Seite 22 f.: „Neustart nach der Diktatur“)
Vielen Dank für den interessanten Artikel zum Bildungswesen und seinen Gewerkschaften in Peru von André Scheer. Manche Informationen sind allerdings zu verallgemeinernd oder bedürfen einer Korrektur. So schreibt der Autor auf S. 23: „Vier der fünf ‚besten‘ Universitäten sind privat, viele kontrolliert die katholische Kirche.“ Wieso ist das Wort „besten“ in Anführungsstriche gesetzt? Solch generell abwertende Aussagen zur universitären Lehre halte ich nicht für angebracht. Tatsächlich ist die Qualität der Forschung und der Abschlussarbeiten in vielen Universitäten recht gut und kann im internationalen Vergleich durchaus mithalten.
Richtig ist selbstverständlich, dass sowohl die universitäre als auch die Schulbildung für alle erschwinglich sein müsste. Von den Kindern, die staatliche Schulen besuchen, darf nicht verlangt werden, dass sie Lehrbücher und Utensilien, ja sogar Toilettenpapier und Seife selbst mitbringen müssen. Vor Beginn des Schuljahrs erbetteln sich daher viele Mädchen und Jungen aus mittellosen Familien Geld für ihre Schreib- und Lernmaterialien auf der Straße zusammen. Ähnlich schlecht ist es um die Gehälter der Lehrkräfte an Schulen und Dozenten an staatlichen Hochschulen bestellt.
Iris Gareis, Frankfurt

Keine Akademiker-Prämie

(E&W 4/2017, Seite 4: „BAföG: zu wenig zum Leben“)

Parallel zum turnusgemäßen BAföG-Bericht der Bundesregierung haben verschiedene DGB-Gewerkschaften, darunter auch die GEW, einen „Alternativen BAföG-Bericht“ erarbeitet. Dieses Unterfangen ist sehr zu loben. Wem die soziale Situation Studierender nicht gänzlich egal ist, wird wohl kaum die Augen davor verschließen, dass junge Menschen in Deutschland unter deutlich schwierigeren Umständen studieren müssen als noch vor zehn Jahren. Das liegt vor allen Dingen am BAföG, dem Bundesausbildungsförderungsgeld, das längst nicht mehr für den Lebensunterhalt reicht. Wenn DGB-Jugend, GEW und andere nun aber fordern, schrittweise das bisher geteilte Zuschuss-Darlehen-Prinzip aufzugeben und „schrittweise zu einer Vollfinanzierung zu gelangen“, geht das in die verkehrte Richtung. Denn das bedeutet ein Grundeinkommen einzig für den Akademikernachwuchs, das die arbeitende Bevölkerung erwirtschaften soll. Wäre es nicht vernünftiger angesichts steigender Preise, wachsender Studierendenzahlen bei der bisherigen Aufteilung zu bleiben? Stattdessen sollte man sich lieber dafür stark zu machen, dass mehr junge Menschen BAföG erhalten können und viele es weniger schnell an den Staat zurückzahlen müssen. Ich habe eine halbe Stelle an der Uni, ein Kind und fühle mich damit gewiss nicht am untersten Ende der Gehaltspyramide. Es wäre aber schön, wenn auch nach der nächsten Tariferhöhung vorerst noch etwas zum Leben übrig bliebe.
Carsten Hoffmann, Marburg

„Kleine Rentner“

(E&W 4/2017; Seite 2 Dialog: „Rentenniveau anheben“)
GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow fordert in ihrem Kommentar, das Rentenniveau wieder anzuheben. Das wäre natürlich eine feine Sache, vor allem für Rentnerinnen und Rentner, die früher relativ gut verdient haben. Wie sieht es aber für diejenigen aus, die in ihrem Erwerbsleben nicht so viel in die Rentenkasse einzahlen konnten, damit ihre Alterseinkünfte über der Grundsicherung liegen? Sie hätten bei einer Erhöhung keinen Cent mehr in der Tasche. Wenn man wirklich etwas für die „kleinen Rentner“ tun will, muss man dafür sorgen, dass sie einen Teil ihres Ruhegeldes zusätzlich zur Grundsicherung behalten dürfen.
Bernhard Henkel, Weil am Rhein

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Italien
Abruzzen, Toskana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

alters los-Studienreisen 2017

Israel/Palästina	08.-19.11.2017
Iran	01.-12.10.2017
Baskenland	28.8.-2.9.2017
St. Petersburg	04.-10.8.2017

Tel. 030/2177910 u. 0151-46463604
info@alters-los.de www.alters-los.de

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Würdesäule.
Bildung ermöglicht Menschen, sich selbst zu helfen und aufrechter durchs Leben zu gehen.
brot-fuer-die-welt.de/bildung
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt
Würde für den Menschen.

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Entspannt auf Klassenfahrt!

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Behutsam die Welt entdecken
✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
TRAVELXSITE 030-21805214
www.travelxsite.de

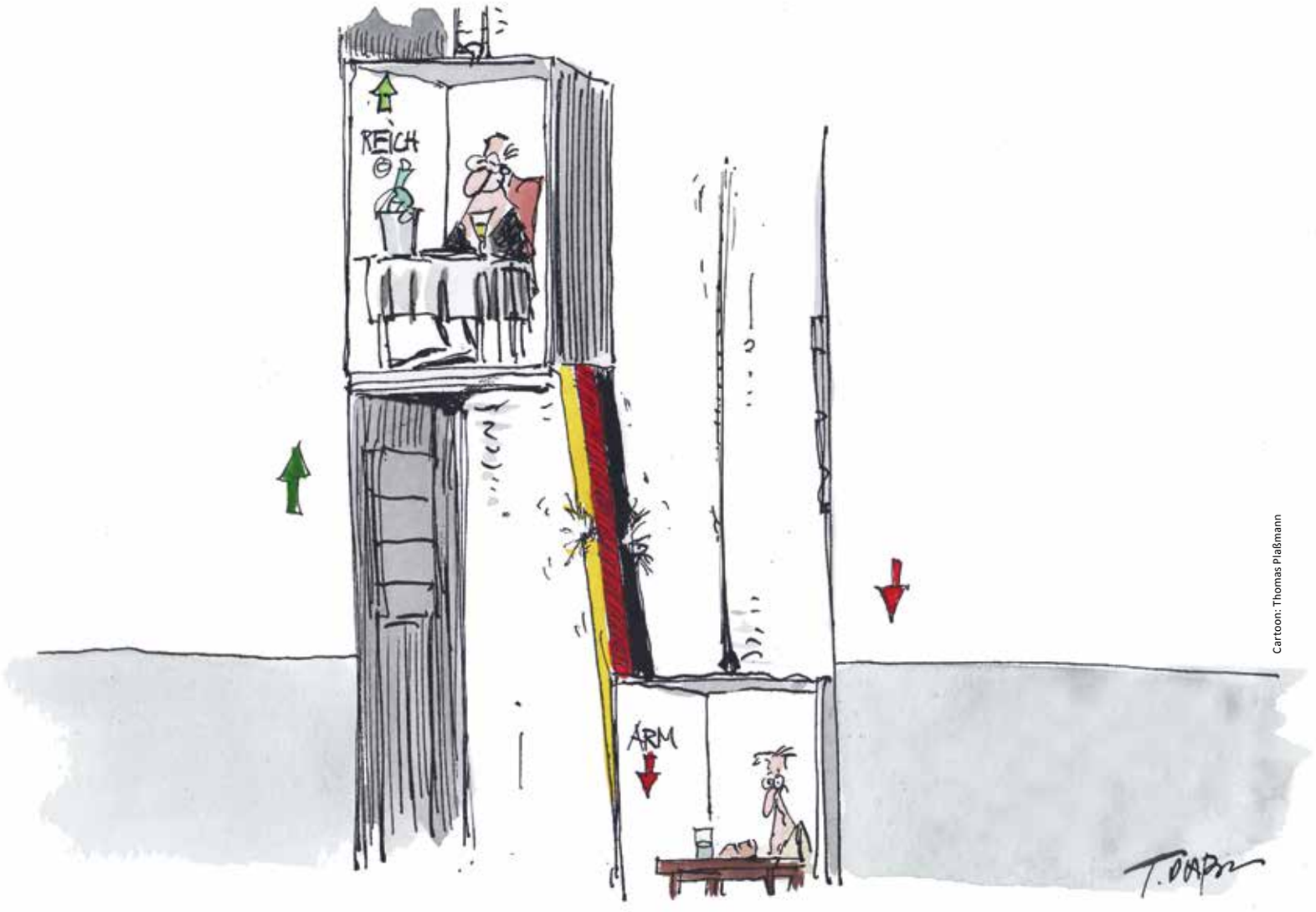
Lappland-Idyll Schwed. Fe. Haus in Wasser- und Waldnähe lädt zum Entspannen ein. 660,– Euro/Wo., 6 Pers., WLAN, Garten. Mehr Infos: **odensdawnlapland.com**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online
• Kostenplanung
• für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden
• Verkehrsmittelplanung
• Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt
www.schulfahrt.de/ratgeber
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diesmal



Cartoon: Thomas Plaßmann

Bericht aus Berlin